

In Teamarbeit zum *BJVreport*

BJV fordert Pressefreiheits-Klausel

Bayerns letzte Zeitung geht online

Jung und erfolgreich: Der BJV-Newcomer

www.bjv.de / www.djv.de

Bayern zwischen Transparenz und Geheimhaltung Journalismus und Exekutive





PRESSE-VERSORGUNG

Die EU-Kommission hat ein „Medienfreiheitsgesetz“ ausgeheckt. Mit der Freiheit der Presse hat es leider wenig zu tun. Ganz im Gegenteil.

FAZ.NET

"Eine demokratische und offene Gesellschaft ist ohne Journalismus nicht möglich."

merton-magazin.de

Weil ohne Journalismus niemand Geschichte schreibt.

„Wehrhafte Medien sind Verbündete der Freiheit“

bdzv.de

Es gibt keine Freiheit ohne Pressefreiheit

fr.de

Geschichte fällt nicht einfach vom Himmel. Sie wird geschrieben. Dafür braucht es zweierlei: Protagonisten und Journalisten. Die einen werden oft gegen ihren Willen Teil der Geschichte – die anderen schreiben sie oft gegen deren Willen auf. Noch heute muss das Recht auf freie Presse erst eingefordert werden, damit Journalisten ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können. Das tun wir seit 1949. Jetzt mehr erfahren! www.presse-versorgung.de



Michaela Schneider
Leitende Redakteurin

Foto: Günter Schneider

Schwedisches Prinzip

Als das schwedische Parlament im Jahr 1766 ein Gesetz über die Druckfreiheit verabschiedete, setzte es Maßstäbe, die bis in die Gegenwart strahlen: Die Zensur wurde abgeschafft, die Pressefreiheit garantiert. Und: Es handelte sich um das weltweit erste Gesetz, das die meisten Dokumente für jeden Bürger zugänglich machte. Sämtliche Informationsfreiheitsgesetze der Erde gehen letztendlich darauf zurück. Dieser freie Zugang zu Informationen bildet einen zentralen Baustein im Verhältnis von Journalismus und Exekutive, auf das wir in dieser Ausgabe schauen.

Denn juristische Regelwerke sind das eine, die Realität ist manchmal eine andere. Wie reagieren, wenn Behörden blocken? Wir haken nach, warum es in Bayern als einzigem Bundesland neben Sachsen nach wie vor kein Informationsfreiheitsgesetz gibt. Dramatische Ereignisse nach einer Corona-Presskonferenz – ein BR-Reporter wurde gewaltsam attackiert – machen es zudem notwendig, dass wir erneut aufs Thema Sicherheit von Journalisten blicken. **Ab Seite 8**

Seit der Causa Schlesinger schießt sich mancher Unionspolitiker auf ARD und ZDF ein – mit populistischen Pauschalvorwürfen. Dies thematisiert der BJV-Vorsitzende Michael Busch in einem Kommentar. Der BJV konfrontierte den Parteivorstand und ein Essay beleuchtet die Hintergründe eines CSU-Podiums, bei dem nicht mit den Kritisierten, sondern über sie gesprochen wurde. **Seiten 23 und 26**

Als SZ-Redakteur brachte Oliver das Gupta mit „Ibizagate“ die Kurz-Regierung zum Einsturz. Jetzt schreibt er für Spiegel und Standard. Öffentliche Auftritte meidet er. Für uns machte er eine Ausnahme. **Ab Seite 30**

Unser Titelbild

Sie sind, glaubt man unseren Gesetzen, transparent für die Öffentlichkeit ausgestellt. Und doch lassen sich manche Informationen in Rathäusern, Landratsämtern oder Ministerien nicht greifen. Die begehrtesten „Objekte“ bleiben unzugänglich für die Bürger*innen. Doch Transparenz ist ein Wesenskern der Demokratie. Hartnäckig kämpfen deshalb viele Journalist*innen um den Zugang zu behördlichen Auskünften. Dieser Thematik näherte sich Fotograf **Jan A. Staiger** in einer Inszenierung aus Papierstapeln, Notizzetteln und transparenter Folie. Während der Zugriff auf dem Cover noch verwehrt bleibt, ist er beim Titelstreifenmotiv möglich. Der gebürtige Nürnberger hat Fotojournalismus an der Hochschule Hannover studiert. Seit September lebt er in Brüssel und absolviert im belgischen Gent ein Masterstudium Fotografie am Conservatorium & KASK School of Arts. In seiner Masterarbeit will der 27-Jährige fotografisch beleuchten, wie soziale Medien den Wahlkampf verändern. 2019 gewann er als jüngster Gesamtsieger in dessen Geschichte den Wettbewerb „Pressefoto Bayern“.



Jan A. Staiger
Foto: Malte Uchtmann

Kaleidoskop

4 Medienköpfe

Verband

5 Immer wieder ein Spagat

Eindrücke aus der BJVreport-Klausur

6 Alle reden und planen mit

Einblicke in die Arbeit eines freiberuflichen Redaktionsteams

Titel

8 „Das müssen Sie mir sagen!“

Manche Behörde blockt bei heiklen Anfragen trotz Auskunftspflicht

11 Alles was Recht ist!

Die wichtigsten Regeln zum Auskunftsanspruch der Presse

12 Verschlossene Aktenschranke

In Bayern gibt es bis heute kein Informationsfreiheitsgesetz

14 Faustschlag ins Gesicht

BR-Reporter wird von militantem Impfgegner angegriffen

16 Pressestellen

19 Impressum

Medienszene

20 Die Treue der nächsten Generation

Die Fränkische Landeszeitung wagt den Onlinengang

21 Virtuelle Anteilnahme

Das BR-Projekt „München ‘72“ nutzt VR-Technik

22 Antrag Presseausweis

Verband

23 Billiger Populismus

Auf ein Wort mit dem BJV-Vorsitzenden Michael Busch

24 Aus dem Verbandsleben

27 Ganz hoch im Norden

Der DJV lädt zum Verbandstag nach Lübeck

28 Deutlich übers Ziel hinaus

Mancher Unionspolitiker schießt sich aufs Öffentlich-Rechtliche ein

30 Weltberühmt in Österreich

Officestory: Mit „Ibizagate“ brachte Oliver das Gupta die Kurz-Regierung zum Einsturz

32 Der BJV-Newcomer: Thomas Balbierer

Service

33 Rechtstipp

Journalist darf Auskunft über Flug verlangen

34 Unsere Tipps

Zur Person

35 Jubilare

36 Nachrufe

Sagen Sie mal...

37 „Mit Alice Schwarzer streiten? Eher nicht“

*Io Görz ist Chefredakteur*in bei inFranken.de und sagt: Wie über trans Personen berichtet werde, sei problematisch*



Foto: BR, Ulrike Wieser

Wolfgang Vichtl (@Vichtl), 62, leitet seit September das vom BR verantwortete ARD-Studio Südosteuropa. Bereits seit

Oktober 2021 berichtet der vorherige Leiter der Online-Redaktion von BR24 von Wien aus für TV, Hörfunk und die digitalen ARD-Angebote aus Österreich und elf weiteren Ländern. Sein Vorgänger **Clemens Verenkotte** ist turnusgemäß zurück in München.

Jochen Kalka (@jochenkalka), ehemals Chefredakteur der W&V, hat mit Florian Lormes, Pia Kniprath und Gunnar Obermeier *medizin.digital* gegründet. Das Portal bündelt Inhalte anderer Medien und bringt diese mit eigenen Artikeln und kommerziellen Services zusammen. Der Start ist für Ende 2022 geplant.

Ivo Knahn (46) hat zum 1. Oktober den Posten des Chefredakteurs für alle Publikationen der Mediengruppe *Main-Post* übernommen. Er löst Michael Reinhard ab, der mit 64 Jahren in den Ruhestand geht. Knahn hatte bei der *Main-Post* volontiert, später war er dort u.a. Redaktionsleiter, Art Director und zuletzt als stellvertretender Chefredakteur für die digitale Transformation der Redaktion verantwortlich. Knahns künftiger Stellvertreter Achim Muth war zuletzt Leiter des Themenmanagements.



Foto: Birgit Allig

Katrin Tempel, 54, verantwortet bei Burda alle Titel der Landmarkenfamilie (*Mein schönes Land*). Sie hat die Aufgabe von **Marie-Luise Schebesta** übernommen. Zuvor war sie unter anderem Chefredakteurin von Funkes *Landidee*.

Mit **Robert Renner** hat das *Weißburger Tagblatt* einen neuen Redaktionsleiter. Er folgt bei der Lokalausga-



Aller guten Dinge sind . . . zum dritten Mal in Folge holte *egoFM* aus München einen Deutschen Radiopreis. Diesmal war die Redaktion des Newsmagazins „egoFM Reflex“ erfolgreich in der Kategorie „Bestes Informationsformat“. Die Trophäe nahmen in Hamburg **Fred Schreiber** und **Gloria Grünwald** (im Bild) in Empfang. Letztere war erst im Vorjahr als beste Newcomerin ausgezeichnet worden. Aus Bayern kommen weitere Preisträger*innen: Die beste Sendung machen **Beate Sampson** und **Ulrich Habersetzer** von *BR-Klassik* mit „Jazztime“. Die beste Programmaktion kommt von *Gong 96.3*: **Johannes Ott** und **Mike Thiel** halfen, dass 5.000 Geflüchtete aus der Ukraine in Gastfamilien untergebracht werden konnten.

Foto: Deutscher Radiopreis/Morris Mac Matzen

be der *Nürnberger Nachrichten* auf **Robert Maurer**, der zur *Fränkischen Landeszeitung* in seiner Heimatstadt Ansbach wechselte. Renner kam 1993 als gelernter Fotograf zum *Tagblatt*, wo er Redakteur mit Schwerpunkt Stadtpolitik wurde.



Foto: Friedrich Bungert

Nicolas Richter (@n_richter) hat zum 1. Oktober die Leitung des SZ-Parlamentsbüros von Nico Fried übernommen, der jetzt beim *Stern* kolumniert. Unterstützt wird der vormalige Nachrichtenchef in Berlin von **Henrike Rossbach** und **Robert Rossmann**. Für Wirtschaftspolitik ist **Claus Hulverscheidt** zuständig. Im Januar stößt **Georg Ismar**, seit 2019 Leiter der Hauptstadredaktion des *Tagesspiegel*, zu Richters Team als Autor hinzu. **Peter Burghardt** ist seit September US-Korrespondent der SZ in Washington.

Unter **Hannes Heyelmann** als neuem General Manager hat sich der frisch fusionierte Konzern Warner Bros. Discovery ein neues Manage-

ment-Team im deutschsprachigen Raum gegeben. **Marion Rathmann** kümmert sich künftig um das Programm aller Free- und Pay-TV- sowie Streaming-Angebote. *Tele 5*-Chef **Alberto Horta** hat sich nach 15 Jahren bei Discovery verabschiedet.

Thorsten Giersch (@GierschT), zuletzt in leitender Position beim *Handelsblatt*, hat als Chefredakteur beim Fachtitel *Markt und Mittelstand* der Eheleute Weimer angeheuert. Vorgänger **Sven Prange** kehrte im Vorjahr zum *Handelsblatt* zurück.



Foto: BZV, Marcus Zumbansen

Sara Sievert (@sara_si), erst seit Januar Chefredakteurin bei *Focus Online*, ist zum *Spiegel* gewechselt. Seit Oktober berichtet die 28-Jährige dort über CDU/CSU und über Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Kilian Moritz, auch als „BR-Rebell“ bekannter Medienwissenschaftler, ist Träger der Frankenmedaille. Damit ehrt der Fränkische Bund sein Engagement für die fränkische Volks-

musik. Vor seiner Hochschultätigkeit in Würzburg-Schweinfurt war Moritz unter anderem Musikredakteur und Moderator beim BR. Dessen Sendungen untersucht er akribisch auf ihren Franken-Anteil.

Alexandros Stefanidis hat von Petra Winter die Chefredaktion von *Monsieur* übernommen, dem männlichen Pendant zur *Madame*. Beide Titel erscheinen unter dem Dach der Looping Group bei Beautiful Minds Media, deren Chief Content Officer Winter ist. Stefanidis war bis 2014 Redakteur beim Magazin der *Süddeutschen Zeitung*, wo er unter anderem die Kolumne „Sagen Sie jetzt nichts“ mitentwickelte und verantwortete.



Foto: BR, Markus Konvalin

Esther Sedlaczek, Moderatorin der ARD-„Sportschau“, steht jetzt zusätzlich vor der Kamera von „Blickpunkt Sport“ (*BR*), wo sie sich mit **Markus Othmer** und **Julia Scharf** abwechselt. Die Wahl-Münchenerin begann ihre Karriere bei *Sky*. Seit 2021 ist die 36-Jährige in Diensten der ARD. Neben Sport-Events moderiert sie auch den „Quizduell-Olymp“ im Ersten in der Nachfolge von Jörg Pilawa.

Natalie Amiri (@NatalieAmiri) hat den Publizistikpreis der Stadt München erhalten. Die *BR*-Auslandskorrespondentin, die auch den „Weltspiegel“ im Ersten moderiert, informiere „genau, einfühlsam und auch in kritischen Situationen unerschrocken und hartnäckig“, lobte die Jury.

Katharina Behrends, Ex-Deutschlandchefin von NBC Universal Global Networks, baut in München ein Büro von Mediaforeurope (ehemals Mediaset) auf, dem italienischen Hauptaktionär von *ProSiebenSat.1*. Sie wird damit CEO Rainer Beaujean direkter auf die Finger schauen können. *Senta Krasser*

Jedes Magazin ein neuer ein Spagat

Ein Kommentar von Michaela Schneider

Sie sei selbst noch kein BJV-Mitglied, erzählt uns bei unserer Klausur im Sommer eine Tageszeitungsvolontärin. Geladen haben wir sie zur Blattkritik, um einen jungen Blick auf den *BJVreport* werfen zu lassen. Kein einziger der Artikel sei für sie uninteressant gewesen, leitet sie das Gespräch ein. Das freut uns immens, denn es ist ein ständiger Spagat, mit einem Magazin die seit vielen Jahren im Berufsleben stehenden und im BJV fest verwurzelten Mitglieder zu erreichen und trotzdem attraktiv für den journalistischen Nachwuchs zu bleiben. Wir wollen Medienthemen wie Innerverbandliches beleuchten, wollen Kommunikationsplattform nach innen und Verbandssprachrohr nach außen sein. Viele Leser*innen scheinen dabei unseren „bayerischen Blick“ auf die Themen zu schätzen.

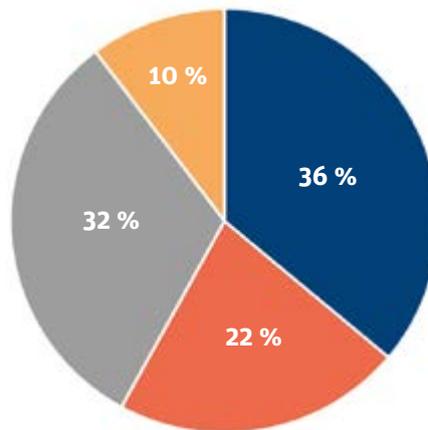
Keinesfalls aber wollen wir uns auf Lob ausruhen, frei nach Oliver Cromwell: Wer aufhört besser sein zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein. Eineinhalb Tage diskutierten wir bei unserer Klausur Arbeitsabläufe, entwickelten neue Rubriken, erarbeiteten künftige Titelstreckenideen. Einige Ergebnisse können Sie bereits in dieser Ausgabe entdecken. Noch aktiver wollen wir etwa mit unseren „Wanted“-Kästen zum Engagement im Verband aufrufen. Wir wollen in der Rubrik

„Der BJVNewcomer/Die BJV-Newcomerin“ junge Talente in den Fokus rücken. Wir wollen mit knackigen „Listicals“ an verändertes Leseverhalten anknüpfen.

Gleichzeitig blendeten wir nicht aus: Das Papier wurde teurer, und auch die Entwicklung der Energiepreise führte dazu, dass die Kosten für Druck und Versand pro gedrucktes Magazin im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 23 Prozent stiegen. Dem stehen sinkende Anzeigeneinnahmen gegenüber. Auf-

fangen konnten wir die Preissteigerung etwas durch eine reduzierte Auflagenzahl. Entschieden haben wir: 2023 wird der *BJVreport* fünf statt sechs Mal in Ihrem Briefkasten liegen, dafür wollen wir den Umfang einzelner Ausgaben leicht erhöhen. Es ist ein Versuch. Ob wir weiter dem Anspruch gerecht werden, für journalistische Belange zu sensibilisieren, Diskussionen anzustoßen und innerhalb des Verbands identitätsstiftend zu wirken: Darüber entscheiden Sie.

Warum der *BJVreport* kostet, was er kostet



Die Ausgabe 04/2022 „Vom kunstvollen Schreiben“ kostete etwas mehr als 21.000 Euro. Dem standen Anzeigeneinnahmen in Höhe von 9200 Euro gegenüber. Die Kosten setzten sich zusammen aus:

- Honoraren*
- Druck und Versandvorbereitung
- Porto
- Layout

* Der Posten „Honorare“ beinhaltet Pauschalen für Redaktionsleitung und Endkorrektur, Herausgeberschaft sowie sämtliche Honorare für Autor*innen und Fotograf*innen.

Quelle: Geschäftsstelle BJV

1945: Im Zuge einer Sitzung der Vorstandschaft des „Arbeitsausschusses der Berufsjournalisten Bayerns“ wird bereits ein „Mitteilungsblatt“ erwähnt



Oktober 1975: Erster *Bayerischer Journalisten-Report* kommt heraus. Er soll künftig anstelle der Mitgliederrundschreiben alle zwei Monate erscheinen. Schon damals werden Anzeigen geschaltet



Zwischenzeitlich Reduzierung auf drei Ausgaben pro Jahr. Verantwortlich: Egon Stengl.

Oktober 1985: Alois Knoller, Ulf Froitzheim und Wulf Zitzelsberger übernehmen als gleichberechtigtes Team



Alle reden und planen mit

Wie der *BJVreport* entsteht: Einblicke in die Arbeit eines freiberuflichen Redaktionsteams

Von Johannes Michel

Alle zwei Monate ist es so weit. Das *BJVreport*-Team trifft sich zur Redaktionssitzung. Durch die Corona-Pandemie ist die Arbeit noch digitaler geworden, persönliche Treffen in der Münchner Geschäftsstelle fielen lange aus. Die gibt es jetzt wieder, angepeilt ist zweimal pro Jahr. Wie die *BJVreport*-Klausur in Nürnberg jüngst zeigte, lässt es sich persönlich doch vielfach kreativer sein. Dennoch sparen die digitalen Treffen Reisekosten – und sie kommen den Nicht-Münchnern im Team entgegen.

Alle vier Kolleg*innen im engen Redaktionsteam – das sind Online- und Medienjournalist Thomas Mrazek und Rechts- und Medienjournalistin Maria Goblirsch aus München, Technik- und Lokaljournalist Johannes Michel aus Zapfendorf nahe Bamberg sowie die leitende Redakteurin Michaela Schneider (Schwerpunkte: Kultur, Medien, Gesundheitspolitik) aus Würzburg – arbeiten freiberuflich. Hinzu kommt ein Stamm an weiteren Kolleg*innen, die mal mehr, mal weniger regelmäßig für den *BJVreport* arbeiten. Der Münchner Grafiker Rudi Stix zeichnet fürs Layout verantwortlich, der Diplom-Kaufmann Robert Macher für die Anzeigenakquise.



Im Sommer traf sich das *BJVreport*-Redaktionsteam zur Klausur und arbeitete an neuen Ideen. Von links: Johannes Michel, Thomas Mrazek, Herausgeber Michael Busch, leitende Redakteurin Michaela Schneider und Maria Goblirsch.

Foto: Alexandra Kucharz

Natürlich startet die Planung einer Ausgabe nicht erst in der Redaktionssitzung, an der auch Herausgeber und Verbandsvorsitzender Michael Busch und der neue Kommunikationsreferent des BJV, Benedikt

Frank, teilnehmen. Viele der Ideen entstehen bereits im Vorfeld. Dafür halten alle Teammitglieder die Augen offen, beschäftigen sich etwa mit der (bayerischen) Medienpolitik, der Situation in den Verlagen, neuen

März 1987: erste Ausgabe des *BJVreport*, vier Ausgaben pro Jahr

Juli 1989: neuer Verlag Schneider Druck Rothenburg o.d.T., Verkauf von Anzeigen, neues Papier, überarbeitetes Logo, farbiges Titelbild – der Magazincharakter entsteht

1991: Renate Wolf-Götz und Michael Anger kommen ins Team, Anger übernimmt ab Ausgabe 2/1991 die Verantwortung, ab Ausgabe 3/1991 Werner Wunder als Verleger (bis 2011). Ab 1989 kommt mehr Farbe ins Magazin



Möglichkeiten für Freie und den Entwicklungen im Verband selbst.

Wichtig: Die Redaktion arbeitet unabhängig. In der Konferenz selbst wird in der Regel so heftig wie konstruktiv diskutiert und um Themen gerungen. Artikel werden verteilt und eine Idee fürs Titelbild wird entwickelt. Dafür wird die jeweilige Fotografin / der Fotograf zugeschaltet. Nach der Redaktionssitzung gehen die Redaktionsmitglieder und Autor*innen ans Werk, nehmen Termine wahr, recherchieren, telefonieren, kontaktieren notwendige Ansprechpartner*innen und schreiben schließlich die Beiträge. Im Fokus steht immer eine möglichst gleichmäßige Aufgabenverteilung. Jeder kann einen Teil der Titelgeschichte schreiben und sich ansonsten nach Interesse weiter einbringen. Und so haben sich bestimmte Schwerpunkte gebildet – vom Rechtstipp über die Netz-Szene, das „Sagen Sie mal ...“ oder Reportagerihen wie „Über den Tellerrand“.

Kurz nach dem ersten Redaktionsschluss für zeitlich unkritische Artikel gibt es eine digitale Koordinationssitzung. Nach dem offiziellen Redaktionsschluss macht sich Layouter Rudi Stix knapp zweieinhalb Wochen vor Andruck an die Arbeit. In einer Blattkritik-Konferenz fürs „Feintuning“ – diese findet etwa anderthalb Wochen nach dem Redaktionsschluss statt – tauscht sich das Team noch einmal aus, schaut unter anderem aufs das Layout und Überschriften, nimmt noch einmal kleinere Änderungen vor. Dann folgt die Endkorrektur, diese wechselt zwischen verschiedenen Redaktionsmitgliedern.

Hat *BJVreport*-Chefin Michaela Schneider die Ausgabe final abgenommen, schickt Layouter Rudi Stix die Druckdaten in die Druckerei Himmer nach Augsburg. Rund zehn Werkstage später sollte das Verbandsmagazin dann im Briefkasten der Leser*innen liegen. Und für das Team beginnt mit der nächsten Redaktionssitzung eine neue *BJVreport*-Zeit.

WANTED

Wir wollen möglichst nah dran sein an unseren Leserinnen und Lesern.

Welche Aspekte fehlen Ihnen im *BJVreport*, welche Themen wünschen Sie sich?

Worüber sollten wir häufiger berichten? Wir freuen uns jederzeit über Anregungen.

Schreiben Sie gerne eine Email an die Redaktionsleiterin Michaela Schneider:
ich-schreibe@t-online.de.

„Ich lese den *BJVreport*, weil ...

... er thematisch immer sehr nah dran ist am journalistischen Alltag speziell auch in Bayern.“

Uwe Ritzer, 57 Jahre, Wirtschaftskorrespondent *Süddeutsche Zeitung*

... kein anderes Medium mich so detailliert, kenntnisreich und engagiert über die Entwicklungen der Medien und des Journalismus im Bayern auf dem Laufenden hält.“

Henriette Löwisch, 58 Jahre, Leiterin der Deutschen Journalistenschule in München

... ich nur dort umfassende Berichte über die bayerische Journalismus-Landschaft erhalte. Außerdem geht es mir wie jedem Leser des Lokalteils aus einem Landkreis: Ich freue mich, wenn ich auf Fotos und in den Geburtstagsspalten viele mir bekannte und geschätzte Menschen wiederentdecke.“

Markus Kaiser, 44 Jahre, Professor für praktischen Journalismus an der Technischen Hochschule Nürnberg

Ausgabe 2/2002: Ulf Froitzheim übernimmt als redaktioneller Koordinator die Leitung, Relaunch des Magazins, einige Ausgaben layoutet Froitzheim sogar selbst

Ausgabe 6/2006: Abschied von Ulf Froitzheim, Michael Anger wird ab dem Jahr 2007 erneut Redaktionsleiter; 2012 Verlagswechsel, neues Layoutkonzept mit Eberhard Wolf, Grafiken auf der Titelseite

Ausgabe 4/2016: Michael Anger übergibt die Leitung an Michaela Schneider, ab Ausgabe 5/2016 wird der Titel mit Fotos bayerischer Fotograf*innen bestückt

Johannes Michel, Ulf J. Froitzheim



„Das müssen Sie mir sagen!“

Journalist*innen haben gegenüber Behörden einen Auskunftsanspruch. Trotzdem blocken diese gern bei heiklen Anfragen. Manchmal hilft dann nur der Gang vors Gericht

Von Michaela Schneider



Der Streit ums Auskunftsrecht zwischen der *Main Post* und dem Bundesgesundheitsministerium hatte jüngst in der Branche für Aufsehen gesorgt: Hartnäckig hatte Karl Lauterbachs Ministerium die Auskunft auf eine Presseanfrage zu einer ominösen Maskenlieferung verweigert. Die unterfränkische Regionalzeitung wollte sich nicht abservieren lassen – und zog bis vors Oberverwaltungsgericht (siehe *Rechtstipp* Seite 33).

Gemauert wie im prominenten Fall wird auf allen Ebenen – vom Bundesministerium bis ins Dorfrathaus, obwohl der presserechtliche Auskunftsanspruch gesetzlich fest verankert ist

(*Übersicht über wichtige Regelwerke* auf Seite 11).

Und wenn Behörden doch reagieren, werden Antworten auf unliebsame Fragen nebulös gehalten. Ein „Das müssen Sie

mir laut Presserecht sagen“, hilft gelegentlich, doch längst nicht immer weiter. Das erlebt auch Wolfgang Grebenhof, Lokalredakteur bei der *Fränkischen Landeszeitung* und BJV-Funktionär. „Da hat sich über die Jahre etwas entwickelt, das uns das Arbeiten deutlich erschwert“, sagt er und spricht vom einer schleichenden Aushöhlung des demokratischen Prozesses.

Das beginne schon damit, dass er früher oft direkt die jeweiligen Sachbearbeiter*innen anrufen konnte und Informationen aus erster Hand bekam. Heute dagegen dürften im Gros der Rathäuser nur noch Pressesprecher*in oder Hauptamtsleiter*in Auskunft geben – entsprechende Zeitverzögerung inklusive. Journalist*innen erhielten geschliffene Informationen, Detailfreude und Hintergründe fehlten. „Wir suchen aber den Rohdiamanten“, sagt Grebenhof. Verstärkt erlebt der mittelfränkische

Redakteur auch, dass sich Behörden hinterm Datenschutz verstecken – unter anderem beim Thema Ausschreibungen. Immerhin gehe es hier aber um öffentliche Gelder.

Heikles wandert ins Nicht-Öffentliche

Und noch ein anderes empört den Journalisten: Heikle Themen werden nicht selten kurzerhand in den nicht-öffentlichen Teil der Stadtratssitzungen verlagert ohne erkennbaren Grund. Ohne Netzwerk bekommt der Journalist oder die Journalistin dies noch nicht einmal mit. „Das ist ein ganz fettes Thema. Da steigt mein Blut-

druck“, empört sich über ein entsprechendes Gebaren auch Claudia Schuhmann. Die Juristin und Journalistin arbeitet bei der *Main Post* im Büro der Chefredaktion und ist Ansprechpartnerin für

„Heikle Themen in die nicht-öffentliche Sitzung verschieben? Das ist ein ganz fettes Thema. Da steigt mein Blutdruck.“

Claudia Schuhmann, Juristin und Journalistin, *Main Post*

Kolleg*innen bei presserechtlichen Fragen. „Viele Bürgermeister glauben: Wird ein Thema in der nicht-öffentlichen Sitzung behandelt, besteht keine Auskunftspflicht. Diesen Zahn muss man ziehen“, sagt sie.

Die *Main Post* zog in den vergangenen Jahren längst nicht nur im Falle der Maskenaffäre vor Gericht, um Informationen einzufordern. Verweigern Behörden einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin Auskünfte, schreibt in der Regel zunächst die Chefredaktion einen Brief und verweist auf die entsprechenden Gesetzestexte. Wird weiter geblockt, wird die Kanzlei eingeschaltet. Diese Hartnäckigkeit zahlt sich aus. „Oft reicht inzwischen schon die rechtliche Androhung von Schritten“, beobachtet Schuhmann.

Nicht so im Falle eines Streits mit dem Landratsamt Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim im Jahr 2020. Ein

Was tun, wenn Behörden blocken?

Diese Frage stellte der *BJVreport* im Zuge der Recherche allen Gesprächspartner*innen. Diese fünf zentralen Punkte kristallisierten sich heraus:

- **Die eigenen Rechte kennen:** Auch wenn der Paragraphenschubel erstmal abschreckend wirkt: Auf sein Recht auf Auskunft beharren kann nur, wer dieses im Detail kennt. Oft reicht es schon beim Behördenkontakt, wenn offensichtlich ist, dass der Journalist oder die Journalistin in den Rechtsgrundlagen firm ist.
- **Möglichst konkrete Fragen stellen:** Je konkreter der Journalist oder die Journalist*in im Fragenkatalog formuliert, desto weniger können Behörden ausweichen. Für entsprechende Vorabrecherchen braucht es ein Netzwerk und Vertrauen. Hat man wichtige Informa-

tionen schon aus anderer Hand hat, braucht man sich diese von offizieller Seite nur noch bestätigen lassen.

- **Nicht einschüchtern lassen:** Auch wenn Behörden, statt Auskunft zu geben, seitenlange Briefe in Juristendeutsch schicken, sollten Journalist*innen den Konflikt nicht scheuen, hartnäckig bleiben, nachbohren, Fristen setzen und auf ihre Rechte pochen.
- **Vorbilder suchen:** Stößt man auf mauernde Behörden, kann das Gespräch mit Kolleg*innen lohnen, die erfolgreich Auskünfte eingefordert haben. Wie formulierten sie, auf welche Regelwerke bezogen sie sich?
- **Um seine Rechte kämpfen:** Kommt es zwischen Journalist oder Journalistin und Behörde zu keiner Einigung, hilft in bestimmten Fällen nur der Gang vors Gericht. BJV-Mitglieder profitieren dann von der Rechtsberatung und dem Rechtsschutz ihres Verbandes.

freier Mitarbeiter der *Main Post* hatte die Gesamtzahlen der Covid-19-Fälle in den einzelnen Gemeinden des Landkreises angefragt. Der Landrat wollte diese nicht herausgeben und argumentierte: Bei einer gemeindegenaue Aufschlüsselung der Infektionszahlen könnten Betroffene identifiziert und stigmatisiert werden. Der Anwalt des Journalisten hielt gegen, dass es von überragendem öffentlichen Interesse sei, nicht nur die Ge-

samtzahl der Corona-Infektionen im Landkreis zu erfahren, sondern auch, wie sich diese auf die einzelnen Gemeinden verteilen. Sowohl das Verwaltungsgericht (VG) Ansbach als auch später der Bayerische Verwaltungsgeschichtshof (BayVGH) gaben dem Journalisten Recht, das Landratsamt musste die Zahlen mitteilen.

Dass ein Rechtsstreit sehr viel Zeit und noch mehr Nerven kosten kann, erlebte vor vielen Jahren auch der *BR*-Reporter Peter Kveton in einer Auseinandersetzung mit der Olympiapark München GmbH. Mit seiner Beharrlichkeit im Rechtsstreit durch zwei Instanzen trug er aber dazu bei, dass heute klar ist: Eine Umwandlung städtischer Betriebe in Kommunalunternehmen entzieht diese keineswegs den Kontrollmöglichkeiten der Öffentlichkeit. Berufen konnte sich Kveton damals bereits auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2005, nach dem den Landespressesetzen ein eigenständiger Behördenbegriff zu eigen sei, der auch juristische Personen wie eine GmbH erfasse, derer die öffentliche Hand sich zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben bediene.

„Der Rechtsstreit mit der Olympiapark München GmbH hat mich viel Zeit und Nerven gekostet.“

Peter Kveton, *Bayerischer Rundfunk*

„Da geschieht eine schleichende Aushöhlung des demokratischen Prozesses.“

Wolfgang Grebenhof, Redakteur
Fränkische Landeszeitung

Das war im Falle Kvetons geschehen: Im Zuge einer Recherche wollte er Auskunft über Provisionszahlungen, die zwischen der Stadtwerke München GmbH sowie der Olympiapark München GmbH geflossen waren. Die Olympiapark GmbH, ein direktes Tochterunternehmen

der Stadt, blieb konkrete Auskünfte schuldig, Kveton zog vor Gericht. Das Landgericht München kam 2006 zu dem Schluss: Die Beklagte sei, obschon als privatrecht-

liche GmbH organisiert, Behörde im Sinne des Bayerischen Presserechts, da ihre Tätigkeit zum einen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben bestehe und zum zweiten durch öffentliche Mittel finanziert sei, jedenfalls jedoch Auswirkungen auf öffentliche Haushalte – namentlich der Landeshauptstadt München – habe. Seit Jahrzehnten sei anerkannt, heißt es in der Begründung, dass sich ein Hoheitsträger seiner öffentlich-rechtlichen Bindungen nicht dadurch entziehen könne, dass er Teil-

bereiche seiner hoheitlichen Tätigkeiten in Gesellschaften des Privatrechts ausgliedere.

Das Urteil ist überdies Beleg dafür, dass sich Journalist*innen nicht mit Larifari-Antworten zufrieden

geben müssen. Gefragt nach den Umsatzzahlen bei den neuen Kiosken im Olympiastadion in den vergangenen Jahren, hatte die Olympiapark GmbH geantwortet: „Plangemäß und entsprechend den Erwartungen und Prognosen.“ In der Urteilsbegründung bewiesen die Richter Humor: „Dies wäre, wie wenn man auf die Frage nach der Uhrzeit die Antwort erhalte, es sei gerade die nach dem Lauf der Zeit zu erwartende Stunde.“

„FragDenStaat“ – gern genutzt von Journalist*innen

In den meisten deutschen Bundesländern gibt es inzwischen ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Nur wird es häufig nicht genutzt, wie es genutzt werden könnte, sagt „FragDenStaat“-Projektleiter Arne Semsrott. Hier kommt dann das Team von „FragDenStaat“ ins Spiel: Wenn Auskunftsanfragen scheitern, übernimmt das Team um Semsrott im Prinzip die juristische Prüfung, schlägt eventuell vor, gemeinsam zu klagen, stellt Anwälte. Vor allem auch viele Journalist*innen nutzen das Angebot einerseits als Recherchedatenbank und lassen sich andererseits bei Streitigkeiten beraten. So laut Semsrott zum Beispiel auch geschehen in Zusammenhang mit der Maskenaffäre.

Das Angebot „FragDenStaat PLUS“ wendet sich speziell an (Daten-)Journalist*innen und gibt ihnen ein Werkzeug für investigative Recherchen an die Hand: Mit

einem Klick kann eine Anfrage nach dem IFG an alle relevanten, je nach Fall hunderte Behörden gleichzeitig gestellt werden. Geschehen kann dies zunächst nicht-öffentlich, erst nach Abschluss der Recherche werden die Daten dann veröffentlicht.

Allerdings empfiehlt das Team hinter „FragDenStaat“, die Anfrage zunächst im kleineren Rahmen zu testen, aus den Reaktionen der ersten Behörden zu lernen, gegebenenfalls Fehler zu korrigieren und den Anfragentext zu optimieren. Außerdem kann man bei umfangreicheren Recherchen über die Plattform die „Crowd“ miteinbeziehen. Das Angebot „FragDenStaat plus“ ist kostenlos. Angelegt werden muss ein Nutzerkonto bei fragdenstaat.de, Kontaktaufnahme dann per Mail an info@fragdenstaat.de. Kleiner Wermutstropfen: In Bayern gibt es bislang kein IFG (siehe auch Seite 12f).

Alles was Recht ist!

Das Wichtigste zum Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Behörden und Gemeinden

Journalist*innen haben ein Auskunftsrecht gegenüber Behörden. Wird ihnen dieses verweigert, sollten sie ihre Rechte und deren Grenzen kennen. BJV-Syndikusrechtsanwalt Stefan Marx gibt einen Überblick.

Der Auskunftsanspruch gegenüber bayerischen Behörden: Geregelt ist der Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Behörden in Bayern im Artikel 4 des Bayerischen Pressegesetzes, dort steht: „Die Presse hat gegenüber Behörden ein Recht auf Auskunft. Sie kann es nur durch Redakteure oder andere von ihnen genügend ausgewiesene Mitarbeiter von Zeitungen oder Zeitschriften ausüben.“ Marx ergänzt: Auch ein einzelner Journalist oder eine Journalistin kann sich auf den Auskunftsanspruch berufen; freie Journalist*innen brauchen keinen konkreten Rechercheauftrag einer Redaktion.

Grenzen des Auskunftsanspruchs: Die Auskunft darf nur verweigert werden, soweit auf Grund beamtenrechtlicher oder sonstiger gesetzlicher Vorschriften eine Verschwiegenheitspflicht besteht. Wichtig zu wissen: Der Journalist oder die Journalistin muss nicht begründen, wofür eine Auskunft erbeten wird. Der Auskunftsanspruch in Bayern ist weder an eine bestimmte Form noch an eine bestimmte Frist gebunden. Die Auskunft muss aber nur zu vorhandenen Informationen erteilt werden. Informationen müssen von den Behörden also nicht erst beschafft/generiert, eine gewisse Aufbereitung kann aber verlangt werden. Mit der Auskunftserteilung ist in Bayern der Anspruch erfüllt. Akteneinsicht oder die Überlassung von Kopien aus den Akten wird in der Regel nicht geschuldet.

Das gilt gegenüber Bundesbehörden: Die Bundesbehörden sind der Presse nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts aus den Landespressegesetzen nicht zur Auskunft verpflichtet. Im aktuellen Koalitionsvertrag der Regierungsparteien heißt es: „Wir schaffen eine gesetzliche Grundlage für den Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Bundesbehörden.“ Geschehen ist dies bislang nicht. Ohne Bundespressegesetz, das die Auskunftsansprüche der Presse gegenüber den Bundesbehörden regelt, müssen Grundlagen für die Auskunftsansprüche in den jeweiligen Bundesgesetzen gesucht werden. Sie finden sich etwa im Verbraucherinformationsgesetz oder im Umweltinformationsgesetz. Oftmals sind aber in den Gesetzen keine Auskunftsansprüche geregelt. Das Bundesverwaltungsgericht ist laut Marx aber neuerdings der Ansicht, dass sich

Auskunftsansprüche der Presse gegenüber Bundesbehörden im Einzelfall unmittelbar aus Artikel 5 (Abs. 1 S. 2) des Grundgesetzes ergeben können.

Auskunftsansprüche aus dem Informationsfreiheitsgesetz: Als Alternative kommt gegenüber Bundesbehörden eine Berufung auf Paragraph 1 Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Betracht. Dieses gewährt jedermann (also nicht nur der Presse) gegenüber Behörden und sonstigen Stellen, die öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnehmen, einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Die herrschende Meinung geht davon aus, dass sich auch Journalist*innen auf das IFG berufen können. Die Behörde kann demnach Auskunft erteilen, Akteneinsicht gewähren oder Informationen in sonstiger Weise zur Verfügung stellen. Der Antragsteller darf eine bestimmte Art des Informationszugangs erbitten. Abweichen darf die Behörde davon nur aus wichtigem Grund, insbesondere wenn dies einen deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand verursacht.

Kommunale Informationsfreiheitssatzungen: In den meisten Bundesländern gibt es auch auf Landesebene Informationsfreiheitsgesetze (IFG), in Bayern indes nicht. Um diese Lücke zu schließen, haben sich zirka 80 Kommunen im Freistaat freiwillig eine Informationsfreiheitssatzung gegeben. Diese Satzung regelt meist auch die Auskunftsansprüche der Presse gegenüber diesen Gemeinden.

Unterschiede zwischen Presse- und Informationsfreiheitsgesetzen: Während Auskünfte nach den Pressegesetzen der Erfüllung der öffentlichen Aufgabe der Presse dienen und deswegen von Gebühren befreit sind, können für Auskünfte nach den IFGs Gebühren erhoben werden. Auch sind Auskunftsverweigerungsrechte in den IFGs in der Regel weitergehend.

Das Bayerische Datenschutzgesetz: Ein Informationszugangsanspruch kann auch Journalist*innen in Bayern aus Artikel 39 des Bayerischen Datenschutzgesetzes zustehen. Demnach hat jeder das Recht auf Auskunft über den Inhalt von Dateien und Akten öffentlicher Stellen, allerdings nur „soweit ein berechtigtes, nicht auf eine entgeltliche Weiterverwendung gerichtetes Interesse glaubhaft dargelegt wird“.



Ständig aktualisierte Gesetzestexte im Wortlaut unter www.gesetze-im-internet.de

Michaela Schneider

Verschlossene Aktenschränke

In Bayern gibt es bis heute kein Informationsfreiheitsgesetz. Das spürte *BR*-Journalist Philipp Grüll seinerzeit auch im Zuge der Bayern-Ei-Recherche

Von Michaela Schneider

Der Bayern-Ei-Skandal sorgte vor einigen Jahren für Furore. Im Frühsommer 2015 hatten der *Bayerische Rundfunk* und die *Süddeutsche Zeitung* aufgedeckt, dass das Unternehmen „Bayern-Ei“ in einen Lebensmittelskandal verwickelt war. Ein Salmonellenausbruch im Vorjahr hatte hunderte Menschen erkranken lassen, mindestens eine Person starb. Denkt Philipp Grüll, *BR*-Redakteur in der Redaktion „Politische Magazine / Dokumentation“, an die damalige Recherche zurück, kommt er schnell aufs fehlende Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Bayern zu sprechen. Denn anders als in fast allen anderen Bundesländern gibt es im Freistaat bis heute kein entsprechendes Regelwerk. Und das, obwohl die Freien Wähler 2019 in ihrem Wahlprogramm noch ein IFG versprochen hatten. Im Koalitionsvertrag mit der CSU war davon nicht mehr die Rede.

Auskünfte, ja, diese müssen Behörden natürlich auch im Freistaat erteilen. „Das Problem aber ist, dass man in Bayern keine Akteneinsicht erhält“, sagt Grüll gegenüber dem *BJVreport*. Warum durfte die Firma geraume Zeit weiter ausliefern? Warum wurde die Bevölkerung nicht früher gewarnt? „Wir wollten in die Akten des Bayerischen Verbraucherministeriums schauen und erfahren, was sich die bayerischen Behörden gedacht hatten“, so der Journalist. Das Rechercheteam versuchte, den Umweg übers bundesweit geltende Verbraucherinformationsgesetz (VIG) zu gehen.

Geschätzte Gebühr von 24.750 Euro

Dort ist ein entsprechender Zugang zu verbraucherrelevanten Informationen insbesondere im Bereich des Lebensmittelrechts geregelt – allerdings ohne Kostendeckelung. Und so erhielt die Redaktion auf ihre Anfrage hin ein Schreiben vom Bayerischen Verbraucherministerium, in dem es wörtlich hieß: „Bei der Zugrundelegung von Personalkosten von durchschnittlich zirka 55 Euro pro Stunde ergäbe sich aufgrund des sehr global gestellten Antrags allein für die Sichtung eine geschätzte Gebühr von zirka 24.750 Euro.“ Handhabe hatte der *BR* dagegen keine, im VIG heißt es in Paragraph 7: „Für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen der Behörden nach diesem Gesetz werden (...) kostendeckende Gebühren und Auslagen erhoben. Der Zugang zu Informationen nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ist bis zu einem

Verwaltungsaufwand von 1000 Euro gebühren- und auslagenfrei, der Zugang zu sonstigen Informationen bis zu einem Verwaltungsaufwand von 250 Euro.“

Die geschätzte Gebührenhöhe überraschte die Journalisten dann aber doch, die Vermutung, die damals auch der Bayerische Journalisten-Verband öffentlich äußerte, nämlich dass abgeschreckt und abgeblockt werden soll, lag nahe. Die Aktenschränke blieben weiter geschlossen. In Konsequenz thematisierte Philipp Grüll aber in einem eigenen Beitrag fürs *BR*-Politmagazin „Kontrovers“ die Hürden im Zuge der Bayern-Ei-Recherche und das Fehlen eines Informationsfreiheitsgesetzes in Bayern.

Auch Innenminister Joachim Herrmann äußerte sich im Beitrag vor der Kamera – und sprach einen Satz, der wiederum im Nachdreh für Aufmerksamkeit sorgte: „Ich habe auch nicht den Eindruck, dass der Durchschnittsbürger Akten wälzen will. Das würde ja gerade den Normalbürger eher überfordern. Ich kann dem da nämlich 100 Aktenordner hinschieben und was macht der Normalbürger dann damit? Da kann er gar nichts anfangen. Der einfache Bürger hat eine konkrete Frage und will wissen: Wie ist das so? Oder: Warum ist das so?“ Die Aktenschränke der Exekutive in Bayern bleiben also verschlossen, weil Einblicke den „Normalbürger“ sowieso nur überfordern würden? In Konsequenz auch auf diese Aussage verlieh das „Netzwerk Recherche“ der Bayerischen Staatsregierung 2019 die „Verschlossene Auster“ – den Negativpreis für den Informationsblockierer des Jahres.

Die Laudatio hielt damals „FragDenStaat“-Projektleiter Arne Semsrott und verwies darauf, dass es im Bund immerhin seit 2006 ein IFG gebe, in den USA seit 1966 und in Schweden gar seit 1766. Auch fast alle deutschen Bundesländer haben entsprechende Regelwerke verabschiedet, zuletzt geschehen im Juli 2022 in Sachsen. In Kraft treten wird dieses am 1. September 2023. Mit dem dortigen „Gesetz über die Transparenz von Informationen im Freistaat Sachsen“ sollen demnach alle Bürger*innen einen Zugang zu Informationen der Regierung und Verwaltung des Freistaates erhalten, zum Beispiel zu Regierungsbeschlüssen, Gesetzentwürfen, Gutachten, Studien, Berichten, Informationen über Zuwendungen sowie Beteiligungen des Freistaates. Per se klingt dies gut, auch wenn das Regelwerk von „Netzwerk Recherche“ als nicht so mutig eingestuft wird, wie der Name Transparenz-

„Das Problem ist, dass man in Bayern keine Akteneinsicht erhält.“

BR-Redakteur Philipp Grüll

gesetz“ signalisiere. Kritisiert wird in einer Stellungnahme unter anderem, dass Kommunen nicht in die Transparenzpflicht einbezogen seien und dass der Grundsatz der Öffentlichkeit ausgehöhlt werde „durch eine lange Liste von Ausnahmeklauseln“. Zudem könne die Regelantwortfrist von einem Monat in komplexen Fällen verlängert werden, ohne dass das Gesetz eine Frist vorsehe. Doch immerhin – es gibt ein Transparenzgesetz. Kein IFG existiert damit künftig nur noch in Niedersachsen - und eben in Bayern. Semsrott wundert sich nicht: Entsprechende Gesetze wurden regelmäßig nach Regierungswechseln verabschiedet. In Bayern regiert die CSU seit 1957.

Innenministerium hält an Aussagen fest

Ob Joachim Herrmann immer noch an seiner Aussage im BR-Beitrag festhalte, will der *BJVreport* nun vom Innenministerium wissen. Eine schriftliche Antwort von Pressesprecher Oliver Platzer folgt. Er formuliert diese diplomatischer als seinerzeit sein Chef, inhaltlich weicht sie kaum ab: „Der allgemeine Auskunftsanspruch dient der Transparenz. Wenn eine Bürgerin oder ein Bürger ein konkretes Anliegen und konkrete Fragen hat, werden diese so genau wie möglich beantwortet. Oft geht dies schneller und ist präziser, als wenn

Auskunftssuchende eigenständig in einem großen Vorgang suchen müssten. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Person im Umgang mit Akten nicht geübt ist.“ Platzer verweist auf das allgemeine Auskunftsrecht im Bayerischen Datenschutzgesetz (BayDSG). Das sei „vom bayerischen Gesetzgeber bewusst so konzipiert, dass das Informationsinteresse des Auskunftersuchenden mit gegebenenfalls widerstreitenden Interessen privater Dritter (Bsp.: Datenschutz) oder der Öffentlichkeit in einen angemessenen Ausgleich zu bringen“ sei. Dies sei, heißt es weiter, „verfassungsrechtlich geboten und keine Eigenheit der bayerischen Rechtslage“.

Doch warum stehen Akteneinsicht und Datenschutz außerhalb Bayerns dann in keinem Widerspruch? Warum lehnt man im Freistaat mit Hinweis auf das Verfassungsrecht weiter ab, was sich andernorts längst bewährt? Auch hier verweist Platzer auf das Bayerische Datenschutzgesetz, Bürgerinnen und Bürger verfügten „somit gegenüber öffentlichen Stellen des Freistaates und der Kommunen bereits nach geltender Rechtslage über das Recht auf Auskunft über den Inhalt von Dateien und Akten“. Nur, und das bleibt der Haken, dürfen sie in Bayern auch künftig nicht selbst in diese Akten hineinschauen.

Anzeige

Mit uns in Eure Zukunft Als junge Journalist*innen im BJV

12€

für die Zukunft*

* Nur so viel macht der monatliche Beitrag zur Absicherung Deiner beruflichen Perspektive als Volontär*in im Bayerischen Journalisten-Verband aus. Als Student*in sind es sogar nur 10 Euro. Dafür erhältst Du Zugriff auf ein professionelles Netzwerk von Berufskolleg*innen, ein qualifiziertes Fortbildungsangebot und vielfältige Hilfe vom Mentoring bis zur Rechtsberatung.

Nähere Informationen erhaltet Ihr unter www.bjv.de

 facebook.com/bjvde

 twitter.com/bjvde

BJV

Die Stimme der jungen Journalisten

Die Stimme der Journalisten in Bayern

Faustschlag ins Gesicht

BR-Reporter wird von militantem Impfgegner angegriffen. Wie geht es ihm danach?

Von Ulf J. Froitzheim

Der Fall machte Ende August Schlagzeilen: Nach einer Open-Air-Pressekonferenz von Gesundheitsminister Klaus Holetschek auf dem Marienplatz schlug ein Mann aus der rechten Szene einem TV-Reporter mit der Faust ins Gesicht. Der 23-Jährige hatte sich über Jahre radikalisiert.

Mit 18 ist er in der Schüler-Union aktiv, posiert für die Facebook-Gruppe „Die Patrioten“ mit Andreas Scheuer. Im Netz leugnet er den Klimawandel, hetzt gegen Grüne, Journalist*innen und Flüchtlinge, pöbelt Frauen an. Als Vorstandsmitglied der JU Laim-West fordert er Gespräche mit der NPD. CSU-Bürgermeister Josef Schmid ist entsetzt. Der junge Mann wird zur persona non grata, wechselt zur AfD-Jugend JA. Später tummelt er sich auf Corona-Demos. 2022 provoziert er vor laufender Kamera ukrainische Flüchtlinge und ignoriert einen Platzverweis.

Am Tattag, dem 23. August, hört ein freier Pressefotograf (namentlich genannt werden will er nicht) vor dem Rathaus das Gebrüll des Mannes, bevor er ihn sieht: „Ich erkannte seine Stimme sofort. Ich dokumentiere sein Tun seit Jahren und habe schon mehrmals mit ihm gesprochen.“ Er habe Pegida-Demos besucht, sich dem AfD-„Flügel“ angenähert, Kontakte zu Neonazis geknüpft und in „Reichsbürger“-Manier die Legitimität des Gerichts in Frage gestellt, wenn er Ärger mit der Justiz bekam. Eine der Beschimpfungen, die er herausbrüllt, ist „Impferroristen“. Der Fotograf geht auf ihn zu. „Ich wollte ihn bitten, nicht zu stören. Aber er war ganz anders als sonst, sehr angespannt. Er lief davon.“ Der Bildjournalist geht ihm nach, denn er hat das Gefühl, der Mann führe etwas im Schilde, wolle vielleicht den Mi-



Immer wieder sind Journalist*innen Aggression ausgesetzt. Das Foto entstand nicht am Tattag, sondern am Rande einer anderen Coronademonstration in München.

Foto: Fotograf ist der Redaktion bekannt

nister angreifen. Der Impfgegner spricht einen Polizisten an, um den Fotografen abzuschütteln. Dieser kann aber den Beamten überzeugen, dass nicht er das Problem ist. Kurz darauf kassiert der 23-Jährige einen Platzverweis.

Nach der Pressekonferenz gibt Holetschek Interviews, lässt sich auf ein Gespräch mit zwei Impfgegnern ein. Bald entdeckt das Duo ein neues Opfer für Verbalattacken – die Kamerafrau eines freien Journalisten, der beim BR in der „Aktualität“ arbeitet. Der Reporter geht dazwischen. „Ich habe die beiden in ein Gespräch verwickelt, um unsere Arbeit als unabhängige Journalisten transparent zu machen“, erinnert er sich, „sie warfen uns vor, der BR sei ein Regierungssender; ich versuchte ihre Verschwörungsmythen zu entkräften.“ Plötzlich nimmt er neben sich eine Bewegung wahr. Der schon zuvor auffällig gewordene 23-Jährige schlägt ihm ohne Vorwarnung mit geballten Fäusten ins Gesicht. „Ich bin schnell ausgewichen“, sagt der Reporter. „Zwei Security-Leute haben ihn dann auf Distanz gehalten.“

WANTED

Der BJV plant eine Kampagne zum Thema „Sicherheit von Journalist*innen“. Wer Lust hat, im Team temporär und projektbezogen zu diskutieren, Ideen zu entwickeln und sich an Aktionen zu beteiligen, ist herzlich willkommen! Schreibt einfach eine kurze E-Mail mit dem Betreff „Kampagne Sicherheit“ an info@bjv.de.

Doch er gibt nicht auf. Er schlendert im Halbkreis über den Marienplatz. Der Reporter verliert ihn aus den Augen. Als er zu seinem Auto gehen will, merkt er zu spät, dass der Angreifer erneut neben ihm steht. Schmerzhaft Faustschläge treffen sein Gesicht.

Wie ergeht es jemandem, dem ein jähzorniger Kerl auflauert, der Politiker*innen und Journalist*innen anschreit, „ich verklage euch alle wegen Völkermord“? „Physisch hat er mir keine schwere Verletzung zugefügt“, sagt der BR-Reporter, „trotzdem war es ein größerer Schock, als er mich ein zweites Mal angegriffen hat.“

Dank BR Care, dem betrieblichen Gesundheitsmanagement des Senders, kann sich der feste Freie von einer Psychologin coachen lassen. „Das war mir wichtig, auch wenn ich jetzt nicht von der zimperlichen Sorte bin und mir nicht nur angenehme Drehorte aussuche.“ Er hat schon aus dem Irak berichtet, aus Mali, aus einem Flüchtlingslager in Kenia. Teil seines Coachings ist eine „Trigger Exposition“: Das Opfer befasst sich mit dem Tatort, um den bei einer Rückkehr drohenden Ängsten vorzubeugen. Gelernt hat der Reporter auch, wie man sich vor möglichen sekundären Traumatisierungen schützt. „Wenn einem ganz viele Kolleginnen und Kollegen rückmelden, wie erschüttert sie sind, dann freut einen die Anteilnahme, aber man fragt sich irgendwann: War es doch schlimmer, als ich es in Erinnerung habe?“ Die Psychologin habe ihm erklärt, er solle seinen eigenen Erfahrungen glauben, keine Projektionen anderer, die nicht dabei waren.

„Ich werde mich nicht einschränken“

Gegen den Angreifer hat der Kollege Strafantrag gestellt. Weiterarbeiten will er wie bisher, die Freude am Beruf sei noch da. „Ich bin sehr gerne Reporter und werde mich deswegen nicht einschränken.“ Dass der BR ihn und seine Kolleg*innen künftig vielleicht nur noch mit Bodyguards auf Coronademos lässt, sieht er mit gemischten Gefühlen: „Für unsere Arbeit ist das nicht gut. Als Reporter muss man beobachten und untertauchen, um ungefiltert aufzunehmen, was um einen herum passiert.“ Wer mit Security aufkreuze, falle auf. Vielleicht sei es aber unvermeidlich. „Die Verrohung der Gesellschaft – auch durch Lügen in sozialen Medien – wird weitergehen. Mich hat schockiert, wieviel Gewaltbereitschaft mittlerweile auch gegenüber Journalisten vorhanden ist.“

Auch der erwähnte Agenturfotograf lässt sich seine Motivation nicht nehmen. Da er immer wieder Einsatzkräften begegne, denen der Unterschied zwischen Reportern und Gegendemonstranten nicht klar sei, wünscht er sich nur eines: dass Polizeibeamte so gut ausgebildet werden, dass sie um die Funktion des Journalismus in der Demokratie wissen.

Podium „Übergriffe auf Journalist*innen“

Regelmäßig sind Journalist*innen Aggressionen ausgesetzt – vor allem am Rande von Demonstrationen. Ein Podium des BJV-Bezirksverbands München – Oberbayern sowie der Fachgruppen Rundfunk und Online am Abend des 8. November im PresseClub München wird sich um die Frage drehen: „Übergriffe auf Journalist*innen: Wer hilft Ihnen?“ Die Veranstaltung soll über den Kanal des Presseclub gestreamt werden. Unter anderem werden BJV-Geschäftsführer und Jurist Dennis Amour sowie der Journalist Thomas Witzgall diskutieren. Witzgall verantwortet das Portal „Endstation Rechts Bayern“. Moderieren wird Jürgen Schleifer, Redakteur bei BR-Fernsehen. Die übrigen Podiumsteilnehmer standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest, weitere Informationen folgen unter www.bjv.de.

akadem!e
der bayerischen presse

2022

www.abp.de Programm



Seminare für Journalisten und PR-Profis

Aus unserem Programm

Präsenz-Seminare

- Redaktioneller SEO Manager (5 Tage)
- Fachtexte redigieren (2 Tage)
- Datenjournalismus (3 Tage)
- Erklärvideos und Tutorials mit dem Smartphone (2 Tage)
- Journalistische Textsorten (3 Tage)
- Pressesprecher:in (3 Tage)
- Recherche kompakt (1 Tag)

Webinare

- Photoshop CC (3 Tage)
- So gelingt Ihr Selbstmarketing auf LinkedIn (1 Tag)
- Multimedia Storytelling (3 Tage)
- Die Kolumne mit Anja Rützel (2 Tage)
- Digitale PR-Events (2 Vormittage)
- Agil arbeiten – effizient sein (1 Tag)
- Mehr Geld auf dem Konto – dank VG Wort (90 Minuten)

Die ABP bietet im Jahr mehr als 400 Präsenz-Seminare und Webinare an. Wir erweitern unser Programm laufend um neue Termine und neue Themen. Immer aktuell: www.abp.de.

Akademie der Bayerischen Presse

Domagkstr. 34 · 80807 München · Tel.: 089 49 99 92-0

Do you like it? Bitte folgen Sie uns auf Facebook, Twitter und LinkedIn

VERSICHERUNGEN

**NÜRNBERGER
VERSICHERUNG****Ulrich Zeidner**
Leiter UnternehmenskommunikationOstendstraße 100, 90334 Nürnberg
Telefon 0911 531-6221
Ulrich.Zeidner@nuernberger.de, www.nuernberger.de

KAMMERN

**BAYERISCHE
LANDESÄRZTEKAMMER****Pressestelle****Dagmar Nedbal**
Leiterin der Pressestelle,
Bayerisches Ärzteblatt,
InternetBayerische Landesärztekammer
Mühlbauerstraße 16
81677 München
Telefon: 089 4147-714
Fax: 089 4147-713
Mobil: 0172 7516157
E-Mail: presse@blaek.de
www.blaek.de**VERSICHERUNGS
KAMMER****Claudia Scheerer**
PressesprecherinTel.: 089 2160 3050
Mobil: 0160 58 27 868
claudia.scheerer@vkb.de**Stefan Liebl**
Stellvertr. PressesprecherTel.: 089 2160 1775
Mobil: 0151 64 91 20 73
stefan.liebl@vkb.deMaximilianstraße 53
80530 München
www.vkb.de

ENERGIE

**Dr. Christian Blümm**Bereichsleiter Marketing
und Kommunikationenergie schwaben gmbh
Postfach 10 15 26 | 86005 Augsburg
Bayerstraße 43 | 86199 Augsburg

Telefon +49 821 9002-360

christian.bluemm@energie-schwaben.de
www.energie-schwaben.de

BILDUNG / WISSENSCHAFT

**Hanns
Seidel
Stiftung****Hanns-Seidel-Stiftung e.V.**Lazarettstraße 33 | 80636 München
Tel. (089) 12 58-473 | E-Mail: presse@hss.de**Hubertus Klingsbögl**
Pressesprecher www.facebook.com/HannsSeidelStiftung
 www.twitter.com/HSSde
 www.instagram.com/stiftungfuerdemokratie
 www.youtube.com/HannsSeidelStiftung

www.hss.de

Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung

N-ERGIE**Heiko Linder**
Leiter Konzernkommunikation**Michael Enderlein**
Pressesprecher

Telefon 0911 802-58071

E-Mail: michael.enderlein@n-ergie.de
Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg, www.n-ergie.de**Bitte beachten Sie folgende Termine**

Ausgabe BJVreport	Anzeigen- und Redaktionsschluss	letzter Termin für Druckvorlagen	Erscheinung Auslieferung
6/2022	20. Nov.	01. Dez.	19. Dez.
1/2023	19. Januar	02. Februar	22. Februar
2/2023	09. März	23. März	13. April

Alle Termine vorläufig, geringe Verschiebungen sind möglich.

Anzeigenmarketing BJVreport:
Mediasüd, Robert Macher, Telefon 09 11 / 988 11 264,
robert.macher@mediasued.de**bayerngas****Dirk Barz**

Leiter Kommunikation & Marketing

 +49 (0)89 7200-339
 +49 (0)89 7200-260
 www.bayerngas.de
 dirk.barz@bayerngas.de **Bayerngas GmbH**
Poccistraße 9
80336 München

ENERGIE

bayernwerk

Maximilian Zängl
 Leiter
 Unternehmens-
 kommunikation
 Pressesprecher

Bayernwerk AG
 Lilienthalstraße 7
 93049 Regensburg
 T 09 41-2 01-78 20
 F 09 41-2 01-70 23
 M 0179-138 98 27
 maximilian.zaengl
 @bayernwerk.de
 www.bayernwerk.de

FINANZEN



Dr. Gerald Schneider
 Pressesprecher

Türkenstraße 22-24 · 80333 München
 Tel. 0 89/28 68-34 01 · Mobil: 0176/10 16 84 03
 Fax 0 89/28 68-34 05
 E-Mail presse@gv-bayern.de
 www.gv-bayern.de



Lechwerke

**Ansprechpartner
 für die Presse**

Lechwerke AG · Schaezlerstraße 3
 86150 Augsburg · www.lew.de
 presse@lew.de
 Rufbereitschaft T +49 821 328-1651

Dr. Thomas Renz
 Leiter Kommunikation
 T +49 821 328-1862
 thomas.renz@lew.de

Ingo Butters
 Pressesprecher
 T +49 821 328-1673
 ingo.butters@lew.de



**Sparkassenverband
 Bayern**

Eva Mang
 Pressesprecherin
 Vorstandsstab

Karolinenplatz 5, 80333 München
 Telefon: +49 89 2173-2009
 Mobil: +49 170 2208491
 E-Mail: eva.mang@svb-muc.de

VERKEHR



Heiko Linder
 Leiter Konzernkommunikation

Elisabeth Seitzinger
 Pressesprecherin

Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg
 Telefon 0911 271-3613
 Telefax 0911 271-3152
 E-Mail: elisabeth.seitzinger@stwn.de
 www.vag.de

SOZIALES



unabhängig. solidarisch. stark.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,
 Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
 Schellingstraße 31 · 80799 München · Tel. 089 / 2117-289
 Fax 089 / 2117-280 · b.schubarth@vdk.de · www.vdk-bayern.de



**Verkehrsverbund
 Großraum Nürnberg GmbH**
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Manfred Rupp **Melinda Burmeister-Neuls**
 Tel. 0911 27075-43 Tel. 0911 27075-49
 manfred.rupp@vgn.de melinda.burmeister@vgn.de

VGN · Rothenburger Straße 9 · 90443 Nürnberg
 Fax 0911 27075-50 · www.vgn.de · info@vgn.de

**Werden Sie
 Unterstützer**

Unterstützen auch Sie die Arbeit des Bayerischen Journalisten-Verband e. V. mit Ihrer Anzeige im Pressestellen-Verzeichnis und bieten Sie damit Journalisten den Service, Sie schnell zu finden! Angebote und Mediadaten erhalten Sie bei **Mediasüd, Robert Macher, Tel. 09 11/988 11 264**

UNTERNEHMEN



AUDI AG
Kommunikation
85049 Ingolstadt

Telefon: +49 841 89-0
Telefax: +49 841 89-92068
E-Mail: audi-kommunikation-
unternehmen@audi.de
Internet: www.audi-mediacycenter.com

Dirk Arnold
Leiter Kommunikation

Telefon: +49 841 89-92033
E-Mail: dirk.arnold@audi.de

Antje Maas
Unternehmen

Telefon: +49 841 89-34084
E-Mail: antje.maas@audi.de

Jörg Lindberg
Produkt, Technologie, Motorsport

Telefon: +49 841 89-43355
E-Mail: joerg.lindberg@audi.de

UNTERNEHMEN

Leiter Communications

Thomas Bauer
OMV Deutschland GmbH
Haiminger Str. 1
84489 Burghausen

Tel. +49 (8677) 960-2200
Fax +49 (8677) 960-62200
Mobil +49 160 90762882

thomas.bauer@omv.com
www.omv.de



**BMW
GROUP**



Maximilian Schöberl
Konzernkommunikation und Politik
Telefon: +49(0)89-382-32446
E-Mail: Maximilian.Schoeberl@bmwgroup.com

Postanschrift
BMW AG
D-80788 München

Alexander Bilgeri
Strategie, Services, Media House,
Marktkommunikation Europa, China
Telefon: +49(0)89-382-19175
E-Mail: Alexander.Bilgeri@bmwgroup.com

Hausanschrift
BMW Haus
Petuelring 130
80788 München

Nikolai Glies
Kommunikation Konzern, Finanzen,
Vertrieb, Produkt, Technologie, Design
Telefon: +49(0)89-382-47712
E-Mail: Nikolai.Glies@bmwgroup.com

Telefon: +49(0)89-382-0
Fax: +49(0)89-382-25858
E-Mail: presse@bmw.de
Internet: www.press.bmw.de

StWN

Städtische Werke Nürnberg GmbH

Heiko Linder
Leiter Konzernkommunikation

Elisabeth Seitzinger
Pressesprecherin

Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg
Telefon 0911 271-3613
Telefax 0911 271-3152

E-Mail: elisabeth.seitzinger@stwn.de
www.stwn.de

DIEHL

Verw.-Betriebswirt (VWA)

Michael Prymelski
Generalbevollmächtigter Konzernkommunikation

Diehl Stiftung & Co. KG
Stephanstraße 49, 90478 Nürnberg
Telefon +49 947-2492
info@diehl.com, www.diehl.com

wbg
Nürnberg
Immobilien

Die wbg Nürnberg ist die führende kommunalverbundene Unternehmensgruppe der Wohnungswirtschaft in der Metropolregion Nürnberg.

Dieter Barth
Leiter Unternehmenskommunikation,
Pressesprecher

Telefon: 09 11 / 80 04 - 139 Glogauer Straße 70
Telefax: 09 11 / 80 04 - 201 90473 Nürnberg
barth@wbg.nuernberg.de www.wbg.nuernberg.de



Wir gestalten LebensRäume.



THOMAS WEIMANN
Leiter Unternehmenskommunikation

E-T-A Elektrotechnische Apparate GmbH
Industriestraße 2-8 // 90518 Altdorf
☎ +49 9187 10-227 ☎ +49 9187 10-448
✉ Thomas.Weimann@e-t-a.de

www.e-t-a.de

LEONI

Dennis Hofmann
Leiter Konzernkommunikation
& Investor Relations
0911 2023 - 435
dennis.hofmann@leoni.com

Gregor le Claire
Konzernpressesprecher
0911 2023 - 226
gregor.leclaire@leoni.com

LEONI AG
Marienstraße 7
90402 Nürnberg
www.leoni.com
presse@leoni.com

Martin Adelhardt
Fachmedien Bordnetze
0911 2023 - 158
martin.adelhardt@leoni.com

UNTERNEHMEN

St. Theresien-Krankenhaus Nürnberg



Fachkompetenz
mit Kopf, Herz & Hand

Anja Müller

Leiterin Unternehmenskommunikation

Telefon 0911 5699-201

Telefax 0911 5699-447

Mobil 0171 5659262

anja.mueller@theresien-krankenhaus.de

Mommensstraße 24

90491 Nürnberg

www.theresien-krankenhaus.de

VERBÄNDE



**BAUINDUSTRIE
BAYERN**

Dr. Josef Wallner, Dipl.-Volkswirt

Wirtschaftspolitik | Öffentlichkeitsarbeit

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.

Oberanger 32/VI | 80331 München

Telefon +49 89 235003-33

Fax +49 89 235003-71

j.wallner@bauindustrie-bayern.de

www.bauindustrie-bayern.de

MESSEN/AUSSTELLUNGEN

Ist Ihr Eintrag noch aktuell?

Bitte prüfen Sie Ihren Pressestellen-Eintrag in jeder Ausgabe. Text- und Farbkorrekturen, Logo-Änderungen erledigen wir gerne für Sie – nach Ihren Vorgaben und kostenlos!

Ihr BJV-Kontakt für Anzeigen und Pressestellen-Einträge:
Mediasüd, Robert Macher, Telefon 09 11 / 988 11 264,
robert.macher@mediasued.de



WIR MACHEN MESSEN

Kathrin Redel
Pressereferentin

Juliane Heißen
Pressereferentin

**AFAG Messen und
Ausstellungen GmbH**

Messezentrum 1

90471 Nürnberg

☎ (0911) 9 88 33 - 555

☎ (0911) 9 88 33 - 245

✉ presse@afag.de

www.afag.de

IMPRESSUM**Herausgeber:**

Michael Busch, 1. Vorsitzender
Bayerischer Journalisten-Verband e.V.
St.-Martin-Str. 64, 81541 München
Tel. 089 5450 418-0, Fax -18
info@bjv.de – www.bjv.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Michael Busch, 1. Vorsitzender, busch@bjv.de
Tel. 0171 7849276

Anschrift der Redaktion:

Michaela Schneider, Joseph-Seitz-Straße 37,
97076 Würzburg
Tel. 0931 45461280
ich-schreibe@t-online.de
Leitende Redakteurin:
Michaela Schneider

Redaktionsmitglieder:

Johannes Michel: jmichel@journalist-michel.de,
Maria Goblirsch: goblirsch@bjv.de
Thomas Mrazek: kontakt@thomas-mrazek.de

Autoren dieser Ausgabe:

Michael Busch (T), Michaela Schneider (T, F), Günter
Schneider (F), Jan A. Staiger (F), Malte Uchtmann (F),
Senta Krasser (T), Morris Mac Matzen (F), Ulrike Wieser
(F), Birgid Allig (F), Friedrich Bungert (F), Sievert (F),
Markus Konvalin (F), Johannes Michel (T), Alexandra
Kucharz (F), Ulf J. Froitzheim (T), Benedikt Frank (T),
Max Hofstetter (F), Thomas Geiger (T, F), Maria Goblirsch
(T, F), Isabel Krieger (T), Johanna Schlüter (F), Max Kohr
(F), Olaf Malzahn (F), Manfred Laux (F), Friedrich Bungert
(F), Stefan Gregor (F), Angelika Knop (T), Thomas Stankie-
wicz (F), Lisa Soppa (F), Tony Le (F), Enric Mammen (F).

Gestaltung: Mediaservice Rudi Stix
Titelbild: Jan A. Staiger

Verantwortlich für Anzeigen:

Mediasüd Robert Macher, Tel. 0911/98811-264,
Fax -265 robert.macher@mediasued.de

Anzeigenvorlagen (CMYK) per Mail
(PDF) an robert.macher@mediasued.de
oder nach Absprache per Post mit dem Vermerk
„BJVreport“ direkt an die Druckerei
(Anschrift siehe unten)

Auflage: 7000 Exemplare
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Redaktions- und Anzeigenschluss für Ausgabe
6/2022: 20. November 2022
Erscheinungstermin: 19. Dezember 2022

ISSN: 0947-8337
Copyright 2021 by BJV & Autoren

Druckerei:

Himmer GmbH Druckerei & Verlag
Steinerne Furt 95
86167 Augsburg / www.himmer.de

Die Treue der nächsten Generationen

Die *Fränkische Landeszeitung* wagt als Bayerns letzte Regionalzeitung den Onlinegang

Von *Michaela Schneider*

Ein bisschen wirkten die Ansbacher Kolleg*innen wie die unbeugsamen Gallier. In Bayerns Tageszeitungslandschaft schien nur noch ein einziger, kleiner Verlag in Mittelfranken Widerstand gegen den Onlinegang zu leisten. Das Wundermittel, wie sich ein journalistisches Webangebot vernünftig monetarisieren lässt, scheint nun mal bis heute nicht gefunden. Grund genug für die Ansbacher, sich über Jahre weiter aufs reine Printprodukt zu konzentrieren. Doch damit ist Schluss. Die *Fränkische Landeszeitung* (FLZ) geht mit eigenen journalistischen Inhalten online. Dafür wurde keine Beraterfirma ins Haus geholt, alle Ideen wurden im eigenen Team entwickelt.

Die mittelfränkischen Medienschaffenden hoffen auch darauf, aufgrund des späten Onlinegangs von den Erfahrungen anderer Häuser zu profitieren. Zudem lassen sie den Prozess wissenschaftlich begleiten. Und wichtig sind Chefredakteurin Gudrun Bayer Beteiligung und Transparenz: Die 57-Jährige bezieht ihr Redaktionsteam in alle Entscheidungen und Schritte ein.

Als die Fränkin vor zwei Jahren den Posten der Chefredakteurin in Ansbach antrat, ging sie nicht vom nahenden Onlinegang der FLZ aus. Und sie war froh darüber, sich mit ihrem neuen Team voll aufs journalistische Kerngeschäft konzentrieren zu können. Fast zwei Jahrzehnte hatte



Gudrun Bayer, Chefredakteurin der *Fränkischen Landeszeitung*. Foto: Michaela Schneider

sie zuvor im Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg GmbH & Co. gearbeitet, zuletzt als Ressortleiterin, zeitweise auch in der Onlineredaktion. „Nur auf Klickzahlen zu schauen, ist nicht meine Welt“, sagt sie. Gleichzeitig schätzt sie die Möglichkeiten im digitalen Zeitalter, liest die eigenen Lokalausgaben im ePaper, bezeichnet Twitter als „meine Suchmaschine“, greift on-

line auf andere Zeitungsangebote zu. Im Kern, sagt Gudrun Bayer, gehe es in einem Medienhaus um eines: „Guter Journalismus muss an die Leute kommen.“ Ob gedruckt oder digital, ist am Ende des Tages egal. Tatsächlich sind die FLZ-Leser*innen der gedruckten Zeitung treu, wohl auch, weil der Breitbandausbau in Teilen der Region nur langsam in die Gänge kommt. Seit fünf Jahren ist die *Fränkische Landeszeitung* auch als E-Paper erhältlich. Die Gesamtauflage liegt bei knapp 43.000 Exemplaren, der E-Paper-Anteil bei zirka 2000. Die Treue der Abonent*innen zur Printausgabe sei von Vorteil, sagt Bayer. Doch müsse man eben auch an die Zukunft denken und die Frage stellen, wie sich diese Treue in den nächsten Generationen aufrecht erhalten lasse.

Immer häufiger tauchten Screenshots von FLZ-Artikeln im Netz auf. Auch die Anfragen, ob es Links zu bestimmten Artikeln gebe, nahmen laut Bayer zu. Im Spätsommer 2021 fiel in der Geschäftsführung die finale Entscheidung: Die *Fränkische Landeszeitung* GmbH wird den Gang ins Internet vorbereiten – und zwar eigenständig. Kurz stand laut Bayer zuvor die Idee im Raum, stattdessen mit den *Nürnberger Nachrichten* zu kooperieren. Allzu sehr überrascht hätte dies nicht, gehört die FLZ doch zur Verlagsgemeinschaft der *Nürnberger Nachrichten*.

Dann ging alles ziemlich schnell. Im Februar stand die neue, eigens entwickelte Technik, einhergehend mit einem Webrelaunch. Inhaltlich änderte sich zunächst nichts, die automatisierten dpa-Einstellungen wurden weitergeführt. Die Homepage sieht seither moderner aus und wurde für die mobile Nutzung optimiert. Fragen über Fragen waren und sind zu klären – vom Recht am eigenen Bild bei zusätzlicher digitaler Veröffentlichung über ein anderes Honorarsystem für freie Mitarbeiter*innen bis hin zur Gestaltung des künftigen Online-Archivangebots. Als nächstes erschienen Polizeimeldungen, die sowieso für die Printausgaben entstehen, auch online. Zum 1. Juni wurden Onlinedienste zwischen 7 und 22 Uhr in drei Schichten eingeführt. Vor allem die neuen Zeiten seien ein tiefgründiger Einschnitt, ist sich Bayer bewusst. Eine eige-

Das kennzeichnet den Onlinegang der FLZ

Aus den Fehlern anderer lässt sich's lernen. Diese Punkte spielen laut Gudrun Bayer beim Onlinegang der *Fränkischen Landeszeitung* deshalb eine zentrale Rolle:

- Eigene journalistische Angebote werden nicht verschenkt. Jeder eigene Artikel wird monetarisiert. Einzige Ausnahmen: Polizeimeldungen und Agenturtexte.
- Print- und Onlineredaktion werden nicht auseinanderdriften. Das heißt in der Praxis: Es wird keine eigene Onlineredaktion geben.
- Aufwand und Ertrag müssen im sinnvollen Verhältnis stehen. Deshalb wird man etwa von aufwändig geschnittenen Videos oder interaktiven Grafiken absehen. Will man's eines Tages doch, braucht es Profis.
- Die FLZ wird sich und ihrem Kerngeschäft treu bleiben und keinen neuen, etwa boulevardesken Weg gehen. Es wird weiterhin um die massenhafte Verbreitung von journalistisch aufbereiteten Informationen aus Mittelfranken gehen.
- Die Redakteur*innen werden in sämtliche Schritte, auch Rückschritte eingebunden. Jeder, der möchte, kann im Digitalteam mitarbeiten, zum Beispiel gibt es aktuell ein Projektteam zur Landtagswahl.

ne Onlineredaktion gibt es nicht und auch keinen Newsdesk. Genehmigt wurden für den Onlinegang drei zusätzliche Vollzeitstellen, die die Chefredakteurin auf alle Ressorts verteilte.

Bewusst wurde erst einmal eine Schnittstelle geschaffen zwischen dem bestehenden Redaktionssystem und der neuen Technik. „Ich wollte meinen Leuten zusätzlich zu allen neuen Aufgaben nicht auch noch die Schreibmaschine wegnehmen“, sagt Bayer. Die Redaktion habe Lust auf den Onlinegang, große sogar. „Ich will nicht, dass die Stimmung kippt und sich die Leute überfordert fühlen“, fügt sie an. Der Wunsch, jetzt schon erste Bildergalerien zu veröffentlichen, kam aus Redaktionsreihen.

Schon der im März 2021 gestartete redaktionelle Facebook- und Insta-Auftritt wurde von einem Digitalteam aus Redaktionsreihen gestaltet. Von den 32 Mitarbeiter*innen meldeten sich zwölf freiwillig, zwei Monate später war die Zahl auf 20 gestiegen. Volontär*innen beteiligten sich verpflichtend. Etwa alle vier Wochen wurde videokonferiert und ständig über einen Messenger diskutiert. Das

Digitalteam redet und gestaltet bis heute mit. Sämtliche Schritte, die im Zuge des Onlinegangs vom Verleger beschlossen werden, selbst jeden Rückschritt, kommuniziert Bayer über den Messenger umgehend ins Redaktionsteam.

Noch lässt die Technik den Onlinegang mit komplett eigenem journalistischen Paket nicht zu, mindestens der Oktober wird Testphase bleiben. Und dann? Exklusive Onlinestücke wird es auch künftig nicht geben, das sei, sagt Bayer, personell nicht leistbar. Print und Online werden dieselben Artikel erscheinen. Und wie steht es um die große Frage der Monetarisierung? „Fest steht, dass jeder eigene Artikel monetarisiert wird“, will die FLZ laut Bayer ihrer langjährigen Linie treu bleiben. Inwiefern andere Texte dann hinter einer Bezahlschranke oder nicht wegklickbarer Werbung stehen oder Teil eines Abonnements oder auch von Themenpakten sein werden: All das muss noch ausdiskutiert werden. Derzeit werden testweise verschiedene Arten von Bezahlschranken programmiert.

Eine Masterarbeit zum Onlinegang

Vincent Wolenik begleitet den Onlinegang der FLZ mit seiner Masterarbeit. Der 27-Jährige arbeitet seit dem ersten Semester als freier Journalist für die Tageszeitung, an der Hochschule Ansbach studiert er „Multimediale Information und Kommunikation“. Seine Abschlussarbeit fußt nun auf zwei Fragestellungen: Zum einen analysierte er, welche Tageszeitungen deutschlandweit am ehesten mit der FLZ vergleichbar sind. Zum anderen wollte er wissen: Welche Inhalte des bestehenden Printteils eignen sich auch fürs Onlineangebot? Dafür wertete er einen Monat lang die insgesamt mehr als hundert Ausgaben aller vier Lokalteile aus. Noch ist die Masterarbeit nicht fertig. Wolenik hat aber eine gute Nachricht: Fast alle Themen taugen auch online, es sei denn, es handelt sich um „turnmusmäßige wenig begeisternde Veranstaltungen“ wie etwa Vereinsjahresversammlungen. Außerdem empfiehlt der 27-Jährige Überschriften und Unterzeilen ab und an „ein wenig reizvoller“ zu formulieren. Und auch einige Bilder sollten fürs Onlineangebot prägnanter aufgenommen und Inhalte deutlicher auf den Punkt gebracht werden.

Virtuelle Anteilnahme

Das BR-Projekt „München ‘72“ nutzt VR-Technik für eine neue Art des Journalismus

Man schaut vom Olympiaturm durch große TV-Kameras in die Stadt hinunter und sieht: Schuhplattler auf Tartanbahn, das Entzünden des olympischen Feuers, den Einzug der Athlet*innen. Das Virtual-Reality-Erlebnis des Bayerischen Rundfunks „München ‘72“ experimentiert, wie sich das noch immer recht neue Medium fürs journalistische Erzählen nutzen lässt. Am eindrucksvollsten wirkt das mit einer VR-Brille. Es funktioniert aber auch am PC, nur sieht es dann mehr wie ein klassisches Computerspiel aus, statt dass man voll eintaucht.

Hinter dem Projekt stehen Eva Deinert und Matthias Leitner, die bekannt sind für andere digitale Storytelling-Projekte beim BR, etwa das vielfach ausgezeichnete „Ich, Eisner!“, bei dem man per Chat-App am Leben Kurt Eisners teilhaben konnte. 2019 hat der BJV „Ich, Eisner!“ mit dem ersten Platz beim bundesweiten Wettbewerb zum Tag der Pressefreiheit ausgezeichnet. Hinter „München ‘72“ stecken überdies ein ganzes Team aus



Mit VR-Brille wirkt das BR-Projekt „München ‘72“ am eindrucksvollsten.

Foto: BR/Max Hofstetter

Spezialist*innen, die kostenlose Software Unity, in der sich solche 3D-Welten erstellen lassen, und das Programm VR Chat, das die virtuellen Welten zugänglich macht.

Der Clou dabei: Die Macher*innen bauen nicht einfach die Münchner Olympiade 1972 komplett und originalgetreu nach. Das wäre zu teuer und undistanziert. Sie schaffen vielmehr

geschickt Stimmungen, von der freudigen Eröffnung bis zum traurigen Ende mit der Ermordung von elf israelischen Geiseln und eines Polizisten durch palästinensische Terroristen. In diesen Stimmungsräumen erkundet man die historischen Ereignisse mittels Archivmaterial, das verstreut herum liegt: TV- und Radioaufnahmen, Fotos, dazu einordnende Texte. So nutzt das Projekt nicht nur den Entdeckungstrieb seiner Nutzer*innen für geschichtliche Bildung. Es schafft auch einen pietätvollen Trauerort für die Opfer in der virtuellen Welt.

Nominiert ist „München ‘72“

inzwischen bei der Stereopsia 2022 in Brüssel für den „Crystal Owl Award“, einer der wichtigsten Preise für XR in Europa. Das Projekt präsentieren werden Leitner und Deinert in einem Vortrag am 18. Oktober auch bei den Münchner Medientagen.

Benedikt Frank



bjvlink.de/muenchen72

Presseausweis 2023 – Jetzt beantragen!

Einfach das Formular vollständig ausfüllen, unterschreiben und gescannt als PDF an presseausweis@bjv.de senden. Wir benötigen in diesem Jahr **dringend alle** persönlichen Daten. Bitte füllen Sie also **in jedem Fall die Pflichtfelder aus**. Und: nennen Sie uns Ihren aktuellen Arbeitgeber!

Unsere Datenschutzhinweise können Sie unter dieser Adresse online einsehen: <https://www.bjv.de/presseausweis>



ANTRAG PRESSEAUSSWEIS FÜR MITGLIEDER 2023

Bitte in **DRUCKBUCHSTABEN** ausfüllen und unterschrieben per Post oder per E-Mail an: presseausweis@bjv.de senden.

<input type="checkbox"/> Presseausweis	<input type="checkbox"/> KFZ-Schild 5,- €	<input type="checkbox"/> Vorhandenes Passbild verwenden	<input type="checkbox"/> Passbild anbei
--	---	---	---

Private Anschrift

Vorname *

Nachname *

Straße / Hausnummer *

PLZ / Ort *

Telefon / Mobil *

E-Mail *

Geburtsdatum *

Presseausweisnummer

Status

<input type="checkbox"/> angestellt	<input type="checkbox"/> freie/r Journalist*in	<input type="checkbox"/> Pauschalist*in	<input type="checkbox"/> 12a Status/ BR
-------------------------------------	--	---	---

***Pflichtfelder, bitte unbedingt ausfüllen.**

Arbeitgeber

Name

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon / Mobil

E-Mail

Angaben freier Journalist*innen

Medientitel, für die Sie hauptsächlich tätig sind:

Hiermit bestätige ich, dass ich bei keinem anderen Landesverband den Presseausweis beantragt habe. Ich habe Kenntnis davon genommen, dass der Presseausweis nur an hauptberuflich tätige Journalistinnen und Journalisten ausgegeben wird. Ich verpflichte mich, den Presseausweis nur in Ausübung journalistischer Tätigkeit und nicht bei privaten Anlässen zu benutzen. Mir ist bekannt, dass der Presseausweis Eigentum des ausstellenden Landesverbandes bleibt und von diesem jederzeit zurückgefordert werden kann, insbesondere wegen missbräuchlicher Benutzung. Wenn ich nicht mehr hauptberuflich journalistisch tätig sein sollte, werde ich den Presseausweis unverzüglich dem zuständigen Landesverband zurückgeben. Das gleiche gilt bei Austritt aus dem Landesverband. Die erforderlichen Nachweise über die hauptberufliche journalistische Tätigkeit (z.B. Arbeitsvertrag, Impressum, KSK-Bescheinigung, Pauschalisten-Vertrag,

Honorarnachweis der letzten 6 Monate) habe ich beigefügt. Mir ist bekannt, dass diese Nachweise die eigenverantwortliche Prüfung des Landesverbandes nicht ersetzen können. Mir ist bekannt, dass die in diesem Antrag gemachten Angaben zum Zwecke der Ausstellung eines bundeseinheitlichen Presseausweises elektronisch verarbeitet werden. Dies geschieht in Erfüllung der Verpflichtungen nach der „Vereinbarung zwischen dem Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder und dem Trägerverein des Deutschen Presserats e. V. über die Wiedereinführung eines bundeseinheitlichen Presseausweises“ vom 30.11./01.12.2016. Hiernach unterrichten sich die ausstellungsberechtigten Verbände wechselseitig über Fälle des Missbrauchs eines Presseausweises. Umfassende Informationen über die Datenverarbeitung bei der Ausstellung von Presseausweisen finde ich unter „Datenschutzhinweis“.

Ort, Datum

Unterschrift

Billiger Populismus

Braucht es die *ARD* und das *ZDF* noch? Diese Frage wollte die *CSU*-München in aller Öffentlichkeit und auf einem Podium diskutieren. Per se eine strittige Frage. Wäre sie nicht auf den Plakaten mit den Begriffen „Mangelnde Meinungsvielfalt, Umerziehung, Verschwendung“ eingeleitet worden. Mit billigstem Populismus versucht(e) eine demokratische Partei offensichtlich, den rechten Rand abzuschöpfen, um ein paar weitere Stimmen zu ergattern.

Der ausrichtende Landtagsabgeordnete Robert Brannekämper hätte sich vielleicht Gedanken machen sollen, als ausgerechnet ein AfD-Freund in den Kommentarspalten unter der Ankündigung dieser Veranstaltung die Worte hinterließ: „Bleiben Sie bei dem Original: AfD.“ Er hätte sich aber auch mit dem Begriff „Umerziehung“ intensiver beschäftigen sollen. Dieser ist aktuell ideologisch belastet durch die Umerziehungslager der Chinesen, welche die Uiguren in die grundchinesische Doktrin einordnen wollen, oder auch durchs nordkoreanische Agieren gegenüber Staatsfeinden. Aber auch historisch ist der Begriff belastet. Die Nationalsozialisten nutzten diese „Umerziehung“ etwa, um die Kinder aus dem Umfeld rund um das Attentat auf Hitler wieder ins System einzureihen.

Offensichtlich ist aber ein Bashing der öffentlichen Anstalten *ARD* und *ZDF* einfacher, als über kompliziertere Strukturen und historische Einordnungen nachzudenken. Es wird den Gegnern dieser Struktur momentan allerdings auch einfach gemacht. Stichworte: Überbezahlte Intendant*innen, zu viele Dienstwagen und die eh immer aufgeworfene Frage, ob die Finanzierung über die GEZ der richtige Weg sei. Unabhängig davon, dass es diesen Begriff so übrigens gar nicht mehr gibt. Und Diskussionen um den Rundfunkbeitrag nehmen zum Teil absurde Formen an. Zum Beispiel, wenn sich auch Zeitungshäuser daran beteiligen, gegen diese Gebühren zu hetzen. Es doch eigentlich besser wissend, verschweigen sie allerdings, dass sie von diesen Gebühren ebenfalls profitieren. Denn viele dieser klassischen Zeitungshäuser sind an privaten Radio- und Fernsehstationen beteiligt. Oft mit

Minderheitenbeteiligungen, oft genug auch mehrheitlich vertreten.

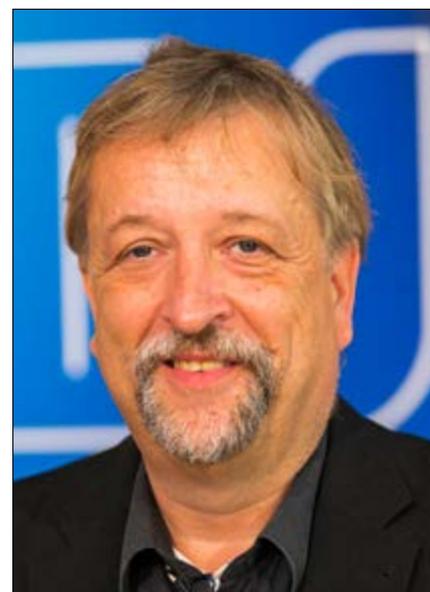
Prominente Unternehmen sind zum Beispiel der Axel Springer Verlag, dessen Flaggschiff *BILD* gerne gegen die Öffentlich-Rechtlichen hetzt. Der Verlag ist an diversen Radiosendern mit bis zu 35 Prozent beteiligt, auch in Bayern. Ebenso sieht es beim Nürnberger Müller Verlag aus. Diese Unternehmen profitieren von den Gebühren. Denn ohne die finanzielle Zuwendung in Millionenhöhe

durch die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) wiederum, würden auch viele der „Privaten“ nicht mehr existieren.

Zurück zur *CSU*-Veranstaltung. Diese wurde allen Vorurteilen gerecht. Dabei hätte man Chancen gehabt, intensiv über Probleme im „Öffentlichen“ zu diskutieren. Zum Beispiel über die Frage, ob man bei der Diskussion über eine Abschaffung des öffentlich-Rechtlichen auch an die Arbeitsplätze der 10.000 festen Mitarbeitenden gedacht habe, von den gut 15 000 Freien ganz zu schweigen.

Man hätte auch darüber diskutieren können, welche verheerenden Folgen die Schaffung einer zentralistischen Rundfunkanstalt ohne föderale Struktur zu Zeiten der Nationalsozialisten nach sich zog. Und auch, was das mit Demokratie zu tun hat. Oder man hätte über das erste Rundfunk-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes reden können, um zu erkennen, dass es selbst Adenauer nicht schaffte, ein staatsnahes Programm zu installieren.

Was die *CSU* in München machte, war Populismus pur. Das zeigte sich auch beim Thema Gendern. Fünf – zumeist ältere Herren – diskutierten darüber. Es saß keine Frau auf dem Podium.



Michael Busch
ist Vorsitzender des Bayerischen
Journalisten-Verbands

Foto: Thomas Geiger

BJV fordert „Pressefreiheits-Klausel“

Öffentliche Träger könnten sich aufs Hausrecht berufen und so einen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung leisten

Erst hatte Klaus Leutgeb, Geschäftsführer der Leutgeb Entertainment Group, den Zeitungen *Münchner Merkur* und *tz* eine bereits zugesagte Akkreditierung für ein Robbie-Williams-Konzert auf dem Gelände der Messe München entzogen. Warum? Weil diese zuvor kritisch über andere Konzerte des Veranstalters berichtet hatten. Dann hatte er noch in einem Facebook-Post auf „gesteuerte Schmierfink Medien“ geschimpft, die ihm seinen Erfolg neideten. Gesellschafter der München Messen GmbH sind die Stadt München und der Freistaat Bayern.

Anlass genug für den Bayerischen Journalisten-Verband, sich mit der Forderung an öffentliche Träger zu wenden, eine Pressefreiheits-Klausel in Verträgen für die von ihnen kontrollierten Veranstaltungsorte zu verankern. „So können Städte und Kommunen einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung leisten, indem sie die freie Berichterstattung auch vertraglich schützen“, stellt der BJV in einer Pressemitteilung heraus.

Die Idee dahinter: Werden Pressevertreter*innen Akkreditierungen entzogen oder Fotograf*innen mit Auflagen schikaniert, argumentieren Veranstalter gern mit ihrem Hausrecht. Der Spieß ließe sich laut BJV aber

umdrehen, denn auch öffentliche Träger von Veranstaltungsräumen – also Städte, Kommunen und Länder – können ihr Hausrecht ausüben. „Sie sollten dieses nutzen, um ihre Mieter und Vertragspartner zu verpflichten, Journalistinnen und Journalisten bei Veranstaltungen mit öffentlichem Charakter ohne Einschränkung zuzulassen“, fordert der BJV – und zwar in Form einer Pressefreiheits-Klausel, kombiniert mit einer Vertragsstrafe bei Verstößen.

Vorschlag liegt beim Münchner OB

Inzwischen hat der BJV diesen Vorschlag auch dem Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter und der Zweiten Bürgermeisterin Katrin Habenschaden – zusammen mit dem Angebot für ein Gespräch – zukommen lassen und wartet auf Antwort. Auch die Politik beschäftigt sich mit dem Vorfall beim Robbie-Williams-Konzert: Die Münchner Stadtratsfraktionen der Grünen/Rosa Liste und der Linken hatten als Reaktion eine Anfrage zur Wahrung der Pressefreiheit in Räumen städtischer Tochterunternehmen an den Münchner Oberbürgermeister gestellt. Die Pressemeldung im Wortlaut unter bjvlink.de/Pressefreiheits-Klausel.

(mic)

Mit einer „News“-Station bei den Medientagen dabei

Sie gelten als größter Branchentreff: die Münchner Medientage. Auch der BJV wird heuer vom 18. bis 20. Oktober bei der Großveranstaltung auf dem Gelände der Münchner Messe dabei sein, um mit angehenden Journalist*innen ins Gespräch zu kommen. Beteiligen wird sich der Journalisten-Verband mit einer „News“-Station im Bereich der Career-Erlebnismesse „Start into media“. „Wir wollen erklären, wie Journalismus funktioniert. Wir wollen Lust auf den journalistischen Beruf machen“, sagt BJV-Kommunikationsreferent Benedikt Frank. Geschehen soll dies mit verschiedenen interaktiven Elementen wie etwa einem Quiz zum Journalismus und einem „digitalen Bastelset“ für Schlagzeilen. Anbieten will der BJV bei der Career-Erlebnismesse überdies Workshops mit BJV-Anwälten für junge Journalist*innen. Beim „Europatag“ der Medientage selbst wird am Donnerstag, 20. Oktober, DJV-Jurist David Nejjar auf einem Podium mitdiskutieren zum Thema „DSA und DMA sind da – Was ändert sich in der Praxis?“

(mic)

Der Vorstand unterwegs

Bis zum Ende der Ferien können wir uns zurücklehnen und mal Luft holen. Das war die Idee im geschäftsführenden Vorstand nach ereignisreichen Monaten. Doch erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.

Ministerpräsident Markus Söder fabuliert über eingefrorene Gebühren bei den öffentlich-rechtlichen Sendern – wir reagierten. Die CSU meinte, populistisch die Abschaffung des öffentlichen Rundfunks ins Gespräch bringen zu müssen – wir reagierten. Die vielen Vorwürfe rund um Intendantengehälter, Dienstwagen und Überbezahlung – wir reagierten. Pressevertreter wurden von Konzerten ausgeschlossen – wir reagierten. Ukrainische Kolleg*innen suchten Hilfe – wir reagierten. *Michael Busch*

BR-Tarifverhandlungen: „Der Sender spielt auf Zeit“

„Wir liegen weit mit unseren Vorstellungen auseinander. Da können wir uns noch zehn Mal treffen und es kommt nichts dabei raus“, kommentierte eine BR-Kollegin, die an den Tarifverhandlungen teilnimmt, die aktuelle Situation. Der Sender spiele auf Zeit und bewege sich kein Stück in Richtung der Forderungen von BJV, ver.di und DOV (Deutsche Orchester-Vereinigung).

Die Gewerkschaften hatten am 27. September zu einer Zoom-Infoveranstaltung über die Tarifverhandlungen eingeladen, an der 36 BR-Mitarbeitende teilnahmen. Einige der festen Freien schilderten eindrücklich ihre angespannte Honorarsituation, man befinde sich teils wieder auf dem Niveau von 2012. Produktionen seien zeitintensiver geworden, fehlende Honorareinnahmen nicht mehr durch mehr Aufträge auszugleichen.

Besonders treffe es junge und neue freie Mitarbeitende, die auf eine möglichst hohe Einmalzahlung angewiesen seien, stellte eine TV-Kollegin klar. Hier wurde eine „soziale Schichtung“ angeregt, nach der existentiell bedrohte junge Freie höhere Einmalzahlungen erhalten sollten.

Ende September forderte der BJV sechs, ver.di 5,8 Prozent Steigerung, der BR bot 2,8 Prozent für das nächste Jahr und für 2022 auch nur eine Einmalzahlung von 1300 bis 1500 Euro. Die Gewerkschaften lehnen eine zweijährige Laufzeit ab (aktuelle Infos unter bjv.de).

Ein Warnstreik wird immer wahrscheinlicher. Der Sender diktiert einseitige Lösungen und verlasse sich darauf, dass es nicht gelingen werde, genügend Mitarbeitende für einen Streik zu motivieren, sagte ein fester Freier. Wenn er sich da mal nicht täusche. *mgo*

Pressefoto Bayern macht Station in München

Auch der Termin für die nächste Preisverleihung Ende November im Maximilianeum steht fest

Während bereits die Vorbereitungen für den neuen Wettbewerb laufen, tourt die Ausstellung mit den besten Pressefotos aus 2021 noch durch Bayern. Nach zweijähriger umbaubedingter Pause wurden die besten Pressebilder Bayerns in der Sparkasse Mainfranken in Würzburg gezeigt, die Partner der ersten Stunde war. Nächste Station der Ausstellungstour 2022 war bis Mitte Oktober das Große Kurhaus in Bad Füssing (bjvlink.de/fuessing). Noch einen Monat länger, bis zum 15. November, gastiert die Bilderschau nun in der Galerie der Bayerischen Landesbank in der Briener Straße in München. Als Sonderedition zeigt der BJV dort zudem die Gesamtsieger aus 20 Jahren Pressefoto Bayern.

Der BJV startet in diesem Herbst bereits in die 23. Runde des Wettbewerbs. Zum ersten Mal schreibt er in Kooperation mit dem Europäischen Parlament auch einen Sonderpreis „Europa und Bayern“ aus. Einsendeschluss ist der 17. Oktober (Teilnahmekriterien unter bjv.de/pressefoto2022). Eine Fachjury unter Leitung von Professor Rolf Nobel, Hannover,



Bereits zum fünften Mal ist die Bayerische Landesbank in München Gastgeber für die Ausstellung Pressefoto Bayern. Sie unterstützt den Wettbewerb auch mit dem Preisgeld von 1000 Euro in der Kategorie Kultur. Matthias Priwitzer, Leiter Kommunikation & Marketing, und der BJV-Vorsitzende Michael Busch beim Rundgang durch die Bilderschau.

Foto: Maria Goblirsch

wird dann am 24. Oktober im Nürnberger Presseclub die Entscheidung treffen, welche Fotos die besten des Jahres 2022 sind und welche Fotograf*innen sich das Preisgeld in Höhe von insgesamt 10.500 Euro teilen. Die

Preisverleihung soll nach zwei Jahren Pause wieder im Senatssaal des Bayerischen Landtags ausgerichtet werden – und zwar am Montag, 28. November, um 10 Uhr.

(mgo)

„Ministerpräsident überschreitet Kompetenz“

BJV wendet sich mit drei Forderungen an die Landesregierung

Deutlich Position bezogen hat der BJV in Konsequenz auf Markus Söders populistischer Forderung, die dieser im Interview mit *Bild* äußerte, den Rundfunkbeitrag einzufrieren. Damit überschreite der Ministerpräsident seine Kompetenz, stellt der Verband in einer Pressemeldung klar. „Markus Söder weiß selbst genau, dass die Bayerische Landesregierung nicht über die Höhe des Rundfunkbeitrags entscheidet“, wird die stellvertretende BJV-Vorsitzende Andrea Roth zitiert. Hintergrund: Dieser wird nicht von der Politik festgeschrieben, wie Söder suggeriert, sondern von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) unabhängig bestimmt.

Gleichzeitig macht Roth auf Missstände auf Landesebene aufmerksam: Für eine bessere Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks brauche es einen Redaktionsausschuss. Den gebe es beim BR bislang nicht, weil das dazu nötige Statut nicht im Bayeri-

schen Rundfunkgesetz verankert sei. Deshalb wendet sich der BJV mit drei Forderungen an die Bayerische Landesregierung, diese lauten wörtlich:

- Das Bayerische Rundfunkgesetz muss um ein Redaktionsstatut ergänzt werden, um einen Redaktionsausschuss zu schaffen.
- Das Bayerische Personalvertretungsgesetz muss geändert werden, damit auch die festen Freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Personalrat vertreten sind.
- Im BR-Verwaltungsrat müssen, nach dem Vorbild anderer Bundesländer, auch Personalvertreter*innen sitzen.

„Der Bayerische Journalisten-Verband bietet zu diesem Thema gerne konstruktive Gespräche an“, heißt es zudem im Presstext.

Vollständige Pressemeldung unter bjvlink.de/Redaktionsausschuss. (mic)

Einblicke in die „World of Sports“

Hansi Flick ist grad nicht da, und auch nicht seine Jungs. Dennoch ist er spürbar, der Spirit der Deutschen Fußballnationalmannschaft im „Home Ground“, dem Hotelareal der adidas „World of Sports“ in Herzogenaurach, in dem die Besuchergruppe des Bayerischen Journalisten-Verbands nach einer Stunde Radltour durch das 59 Hektar große Gelände strandet.

In Summe soll der „Home Ground“ ein bisschen auch für die Philosophie des Unternehmens adidas stehen, die Senior PR Director Public Relations Oliver Brügggen, ehemals Sportredakteur und Moderator beim *Bayerischen Rundfunk*, den gut 20 Besucher*innen der Fachgruppe Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BJV beim Unternehmensbesuch zu vermitteln versucht. Mehr dazu wie auch zu Kommunikation, PR sowie Marketing und der Bedeutung von Influencer*innen für die Weltmarke im Artikel von Isabel Krieger unter bjvlink.de/Adidas.

Ein Erste-Hilfe-Kasten für besseres Schreiben

Anmeldungen zu den verbleibenden vier FREItags-Workshops sind noch möglich

Workshop-Leiter Ariel Hauptmeier wird im Zuge der FREItage der BJV-Fachgruppe Freie Journalist*innen verraten, wie erzählerischer Journalismus sofort besser wird. Eine Anmeldung zu der Veranstaltung am 28. Oktober ist noch möglich. Der Referent empfiehlt:

Häng dir den Küchenezuruf über den Schreibtisch! Deine Story in einem Satz. Die kürzeste mögliche Antwort auf: „Was willst du erzählen?“ So entgleitet Dir der Fokus Deines Artikels nie. Und Du kommst gar nicht erst auf die Idee, zu viele verschiedene Geschichten auf einmal erzählen zu wollen.

Fang in der Mitte an, nicht am Anfang! Das Publikum ist ungeduldig. Lange Erklä-

rungen am Anfang langweilen. Für Einordnung und Kontext ist auch noch weiter hinten Platz. Stattdessen gilt es, zuerst Sog zu erzeugen. Mit einer überraschenden Szene bringst du Leser*innen dazu, sich auf den Text einzulassen.

Frage: Können Sie mir ein Beispiel geben? Die journalistische Allzweckwaffe gegen unverbindliche Worthülsen von Politiker*innen und Expert*innen. Statt sich etwa „die soziale Kälte nimmt zu“ in den Schreibblock diktieren zu lassen, fordert man Gesprächspartner*innen auf, konkret zu werden.

Ariel Hauptmeier war Redakteur bei *GEO* und Textchef bei *Correctiv*. Er leitet die Re-

portageschule in Reutlingen, ist einer der Macher des Reporter:innen-Forums und coacht Redaktionen. In seinem Workshop am FREItag, 28. Oktober, um 15.30 Uhr zum Thema „Besser Schreiben: Leichte Werkzeuge für starke Sätze“ will er viele praktische Tipps geben. Überdies wird es am gleichen Tag um 14 Uhr in einem weiteren digitalen Workshop um das Handwerk der Akquise gehen. Auch bei den beiden Online-Workshops „Pitchen: Im Aufzug zum Erfolg“ und „SEO: Schreiben für Suchmaschinen“ am 21. Oktober ab 14 Uhr sind noch Plätze frei. Anmeldung unter bjv.de/freitag2022

Benedikt Frank

BR Personalratswahlen werden wiederholt

Das VG München erklärt die Wahlen vom Sommer 2021 für ungültig

Über ein Jahr lang haben die örtliche Münchner Personalvertretung des *Bayerischen Rundfunk (BR)* und der *BR-Gesamtpersonalrat* erfolgreich gearbeitet und dabei journalistische Interessen wie die Schaffung eines Redakteursstatuts vorangebracht. Nun müssen die Wahlen aus dem Juni und Juli 2021 wiederholt werden.

Grund für die Neuwahlen sind zwei Beschlüsse des Verwaltungsgerichts (VG) München, das diese Listenwahlen wegen eines Verstoßes gegen die Wahlordnung für ungültig erklärt hat (Az.: M 20 P 21.4005 M 20 P 21.4044). Vertreter*innen der „Neue Liste“ und von *ver.di/dju* hatten zuvor die Wahlen angefochten. Der Vorwurf: Neben den Pflichtangaben wie dem Namen und der Funktion im *BR* hätten unter anderem die Kandidat*innen Frau Ferlemann, Jürgen Schleifer und Stefan Strasser, die für die Gruppierung „Freie Liste“ angetreten waren, auf der Wahlliste auch ihre Zugehörigkeit zum BJV angegeben und so die Wahlentscheidung unzulässig beeinflusst. Der Wahlvorstand hatte diese zusätzlichen Angaben nicht beanstandet.

Auch die Richter sahen die Möglichkeit, dass dieser Zusatz in Klammern geeignet sein könnte, die Wähler in die Irre zu führen. Der

Stimmzettel vermittele den Eindruck, die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft sei jeweils abschließend aufgeführt. Fakt aber war, dass auf der Liste „Die Neuen“ ebenso Verdi-Mitglieder kandidiert hatten, allerdings ohne den Zusatz „Verdi“. Auch die Mitglieder der Deutschen Orchestervereinigung im *BR* hatten ihre DOV-Zugehörigkeit nicht angegeben.

Was passiert nun faktisch? Die Personalvertretungen arbeiten geschäftsführend weiter. Die Listen können neu gestaltet und die Plätze neu vergeben werden, so könnten etwa Korrespondent*innen aus den neuen Regionalstudios antreten und für noch mehr journalistische Kompetenz sorgen. Zunächst ist ein neuer Wahlvorstand zu bilden, der den Termin für die Neuwahl festsetzt – und davon abhängig die entsprechenden Fristen, etwa für die Einreichung von Wahlvorschlägen.

Die drei BJV-Kandidat*innen werden wieder auf der „Freien Liste“ kandidieren und wollen auch im neuen Personalrat für die journalistischen Anliegen kämpfen und die begonnenen Projekte wie das Redakteursstatut voranbringen.

(mgo)

Foto: Johanna Schüller



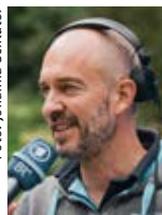
Frau Ferlemann

Foto: Maria Goblirsch



Jürgen Schleifer

Foto: Johanna Schüller



Stefan Strasser

VG Bild-Kunst: Frauke Ancker wird Ehrenmitglied



Frauke Ancker

Frauke Ancker, von 1975 bis 2010 Geschäftsführerin des BJV, wurde zum Ehrenmitglied der VG Bild-Kunst ernannt. Die Juristin ist seit 1977 ehrenamtliches Vorstandsmitglied für die Berufsgruppe II (Fotograf*innen, Designer*innen und Illustrator*innen) der VG Bild-Kunst, wo sie den Deutschen Journalisten-Verband vertritt. Auch beim BJV setzte sie sich als Geschäftsführerin dreieinhalb Jahrzehnte lang für die Rechte von Bildjournalist*innen ein. (bef)

Kampagne „Share aber fair“

Seit der Urheberrechtsreform 2021 haften Social-Media-Plattformen für die von Nutzer*innen hochgeladenen Inhalte. Die Plattformen können aber auch Lizenzen bei den Rechteinhaber*innen erwerben. Die VG Bild-Kunst bietet Twitter, Facebook und Co. nun an, eine solche Plattformlizenz mit ihr abzuschließen, um Urheber*innen an den Einnahmen zu beteiligen. Mitglieder der Berufsgruppe II hatten bisher die Onlinerechte allein wahrgenommen. Wollen sie bei der Plattformlizenz dabei sein, müssen sie der VG Bild-Kunst nun aktiv die Plattformrechte einräumen. Details: Share-aber-fair.de



Weit mehr als 1000 Gebäude der Lübecker Altstadt sind in die Denkmalliste eingetragen. Der Deutsche Journalisten-Verband wird sich heuer in der Weltkulturerbe-Stadt zum Verbandstag treffen.

Foto: LTM/Olaf Malzahn

Ganz hoch im Norden

Der DJV lädt am 6. und 7. November zum Verbandstag nach Lübeck

Von Johannes Michel

Vor zwei Jahren musste der DJV-Verbandstag aufgrund der Corona-Pandemie ganz ausfallen. Im vergangenen Jahr entschied sich der Bundesvorstand, zur Präsenz zurückzukehren – insbesondere aufgrund der notwendigen Wahlen. Im RuhrCongress Bochum fand der Verbandstag dann statt, mit durchgängiger Maskenpflicht. Nun, ein Jahr später, lädt der DJV erneut zu seiner Bundesversammlung, Veranstaltungsort ist diesmal die Musik- und Kongresshalle (MUK) in Lübeck.

Am 6. und 7. November wird es keine Wahlen zum Bundesvorstand geben, die sind erst im kommenden Jahr fällig. Wählen müssen die Delegierten – um die 250 werden sich versammeln, davon bis zu 45 aus Bayern – aber wohl: Zu bestimmen sind die DJV-Vertreter*innen für den Deutschen Presserat. Hier ist der Deutsche Journalisten-Verband mit sieben Mitgliedern vertreten, alle zwei Jahre werden sie neu gewählt. Im Mittelpunkt der Tagung wird auch die Zukunft stehen, ein eigener Tagesordnungspunkt „Bericht aus der Zukunftswerkstatt“ wurde daher aufgenommen.

Einen Tag vor dem Verbandstag findet bereits die Sitzung des Bundesvorstands statt. Die Delegierten kommen dann am Sonntag, 6. November, ab 12 Uhr in die MUK, können

sich anmelden und an den Delegiertenversammlungen zur Vorbesprechung teilnehmen. Um 14 Uhr wird der DJV-Vorsitzende Frank Überall den Verbandstag offiziell eröffnen. Geplant sind Grußworte der stellvertretenden schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen) sowie von Lübecks Oberbürgermeister Jan Lindenau (SPD). Für 17 Uhr steht eine Podiumsdiskussion zum Thema „Öffentliche Netze“ auf der Agenda. Danach wird der Verbandstag unterbrochen und der DJV-Landesverband Schleswig-Holstein lädt zum „Bunten Abend“ ein. Der findet im Ostchor des Lübecker Doms statt – dieser Bereich wird auch für weltliche Veranstaltungen genutzt. Am Montagmorgen wird der Verbandstag fortgesetzt, die Tagesordnung weist „open end“ aus.

Viel zu entdecken im Weltkulturerbe

Nachdem für die Anreise aus Bayern mindestens sechs Stunden einzuplanen sind – aus dem Süden Bayerns noch deutlich mehr – hat sich der BJV entschieden, den Teilnehmer*innen zu ermöglichen, bereits am Samstag nach Lübeck zu fahren. Die Rückreise erfolgt am Montagnachmittag.

Die Hansestadt Lübeck mit ihren rund 215.000 Einwohner*innen ist nach Kiel die zweitgrößte Stadt des Bundeslandes Schleswig-Holstein. Seit über 850 Jahren besitzt sie das Stadtrecht und gilt das „Mutter der Hanse“. Nachdem rund zwei Drittel der Gebäude in der Altstadt im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört wurden, gehören diese Bereiche seit 1987 zum Weltkulturerbe. Ausschlaggebend für die Ernennung waren unter anderem der exemplarische Charakter der Altstadt für die mittelalterliche Stadtentwicklung im Ostseeraum, außerdem die markante Stadtsilhouette mit den sieben Türmen der fünf Hauptkirchen (St. Jakobi, St. Marien, St. Petri, St. Aegidien und Lübecker Dom) und auch die geschlossen erhaltene vorindustrielle Bausubstanz. Weit über tausend Gebäude im Altstadtbereich sind in der Denkmalliste eingetragen.

Der Tagungsort, die Musik- und Kongresshalle, wurde Mitte der 1990er Jahre errichtet und erst kürzlich saniert. Neben Kongressen finden hier auch Konzerte statt, sie ist Heimat des Philharmonischen Orchesters der Hansestadt Lübeck sowie regelmäßiger Spielort des Elbphilharmonie-Orchesters des Norddeutschen Rundfunks.

Deutlich übers Ziel hinaus

Seit der Causa Schlesinger schießt sich mancher Unionspolitiker auf *ARD* und *ZDF* ein – mit populistischen Pauschalvorwürfen. Ein Beispiel aus München.

Ein Essay von Ulf J. Froitzheim

Nichts ist wirklich stimmig an diesem Freitagabend Mitte September im Werksviertel hinter dem Münchner Ostbahnhof. Warum nur, räteln die im Publikum sitzenden Journalist*innen, hat *dieser* Gastgeber *diese* Gäste zu *diesem* Thema in *dieser* Location eingeladen – und rings ums Maximilianeum auf Plakatständern dafür geworben, als sei bereits Wahlkampf? Einen Namen hat sich der Bogenhausener Abgeordnete Robert Brannekämper, Dombau- und Landespolitik-Chef Achim Wendler dem *BJVreport*. Einem Streitgespräch hätten sich beide nach eigenem Bekunden gerne gestellt. Doch Zutritt gewährt ihnen die CSU Bogenhausen nur als passive Zuhörer. Auch der

den, dessen Sticheleien gegen das abgabenfinanzierte Fernsehen zu den Markenzeichen seiner Kolumnen im *Focus* gehören. Zu seiner Rechten sitzt ein veritables Schwergewicht a.D.: Sigmund Gottlieb. Der 2017 pensionierte Chefredakteur des *Bayerischen Fernsehens* und fleißige Tagesthemen-Kommentator wettet in seinem neuen Buch „So Nicht!“ über „Gesinnungsethiker“, die per „Cancel Culture“ immer mehr Kritiker zum Schweigen brächten.

Wer angesichts der konservativen Herrenriege einen konzertierten Abgesang auf überflüssig gewordene Anstalten erwartet hat, reibt sich bald die Augen. Kurzmaier, der sich hier als Fachjournalist bezeichnet, eröffnet die Runde im „hart-aber-fair“-Stil mit der Frage, wann die Teilnehmer das letzte Mal eine *ARD*- oder *ZDF*-Sendung angeschaut hätten. Und siehe da: Alle drücken die 1, 2 oder 3. Nur bei Brannekämper ist es schon eine Woche her, bei Gottlieb und Schneider erst einen Tag. Fleischhauer verweist auf eine aktuelle „studioM“-Sendung der „Monitor“-Redaktion, in der er selbst aufgetreten ist. Diese trug fast den gleichen Titel wie der Talk im Adina: „*ARD* und *ZDF* abschaffen?“ Fleischhauer outet sich sogar als Fan von „Monitor“ und Redaktionsleiter Georg Restle, um schließlich die Headline der Veranstaltung zu entsorgen: „Brauchen wir noch *ARD* und *ZDF*? Ich würde sagen, ja.“

Kein Streitgespräch

Den Eindruck einer Kampfansage an beide Institutionen oder zumindest die öffentlich-rechtliche „Doppelstruktur“ unterstreicht

die Art, wie das Podium besetzt wurde: Gastgeber Brannekämper und sein enger Parteifreund Tobias Kurzmaier, der den Part des scheinbar unabhängigen Moderators spielt, haben sich entschieden, nicht etwa mit den Kritisierten zu diskutieren, sondern mit ihren Kritikern über sie. In der Chefetage des *Bayerischen Rundfunks* sei leider keine Anfrage eingegangen, versichern *BR*-Vizechefredakteur Christian Daubner und Landespolitik-Chef Achim Wendler dem *BJVreport*. Einem Streitgespräch hätten sich beide nach eigenem Bekunden gerne gestellt. Doch Zutritt gewährt ihnen die CSU Bogenhausen nur als passive Zuhörer. Auch der

„Wir können wirklich sagen: Jeder hätte sich gerne der Diskussion da gestellt. Von der Intendantin angefangen bis zum Chefredakteur.“

Achim Wendler, Leiter Redaktion Landespolitik beim *BR*

BJV ist gar nicht erst gefragt worden. So bleibt auch dem *BR*-Rundfunkrat und *DJV*-Bundesvorstandsmitglied Harald Stocker keine andere Wahl, als sich ins Publikum zu setzen.

Neben Brannekämper nimmt stattdessen der Präsident eines Minivereins Platz, der den Namen „Vereinigung Europäischer Journalisten“ trägt und mit dem Bund der Steuerzahler verhandelt ist (*siehe Kasten*). Laut seiner eigenen Homepage verdient dieser Unternehmer, ein gewisser Ralf Schneider, sein Geld nicht als Journalist, sondern als Medien- und Politikberater, Experte für Krisen-PR, Coach und Marketingmensch. Potenziellen Auftraggebern verspricht er, „Medienwillkür“ zu verhindern. All das verschweigt Kurzmaier dem Auditorium ebenso wie die Tatsache, dass er selbst – neben seiner Tätigkeit als freiberuflicher PR-Agent – seit 2018 in Brannekämpers Abgeordnetenbüro mitarbeitet.

Als Zugpferd haben die Veranstalter den *Ex-Spiegel*-Redakteur Jan Fleischhauer gewon-

Und wieder kommt nichts

Auf relevante Systemkritik und konkrete Reformvorschläge wartet das Publikum vergebens. Als Brannekämper von seinem Adlatus auf die vielen Petitionen von Fernsehzuschauern angesprochen wird, die er als Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst auf den Tisch bekomme, räumt er ein, meistens drehe es sich ums Geld: „Das Dauerthema ist die Gebührenhöhe.“ Von seinem offensiven Konfrontationskurs gegen den *BR* ist der Abgeordnete in diesem Moment weit entfernt, dafür ganz nah am alltäglichen Kleinklein der „GEZ“-Verweigererszene.

Auch wenn es mal scheint, als ginge es ans

So reagierte der BJV

Der Vorstand des Bayerischen Journalisten-Verbandes sei angesichts der Wortwahl einer demokratischen Partei entsetzt, wandte sich der BJV in einem Brief umgehend an den Parteivorstand der CSU und den Bezirksvorstand der CSU München, als Verbandsmitglieder auf das Plakat zum Podium Mitte September aufmerksam machten. „Dem Leser wird impliziert, dass mangelnde Meinungsvielfalt, Umerziehung und Verschwendung den Ist-Zustand im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk darstellen – verbunden mit der Frage nach der Daseinsberechtigung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks“, betonte Verbandsvorsitzender Michael Busch im Schreiben und geht im Folgenden vor allem auch auf den historisch belasteten Begriff „Umerziehung“ ein (siehe auch Buschs Stand-

punkt auf Seite 27). An die CSU-Vorstandsmitglieder richtet er unter anderem die Frage, wer für die Wortverfälschungen verantwortlich sei. „Wir fordern die Demokratinnen und Demokraten in Ihrer Partei auf, sich von dieser Wortwahl klar zu distanzieren. Ebenso sollten Sie sich zum System Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk ganz klar bekennen“, fordert der BJV-Chef. Mit der Wortwahl werde überdies Tausenden von Beschäftigten in den Häusern von *ARD* und *ZDF* – und damit auch in denen des *Bayerischen Rundfunks* – unterstellt, dass sie keine anständige journalistische Arbeit leisteten. „Das ist nicht nur despektierlich, sondern schlichtweg unverschämt“, heißt es im Schreiben wörtlich. Eine Antwort vom CSU-Vorstand stand bis Redaktionsschluss aus. (*mic*)

Nenner. Fleischhauer plaudert über einen Online-Talk mit Live-Votings, den der *BR* Ende Mai im Rahmen eines Medienkompetenzprojekts für Schulklassen verbreitet hatte („Gendern – Modeerscheinung oder Sprach(r)evolution“). Als am Ende der Schulstunde „Gendern finde ich ab jetzt doof“ mehr Klicks bekam als „Gendern finde ich ab jetzt klasse“, sei Moderatorin Claudia Stamm die Kinnlade heruntergefallen, behauptet Fleischhauer. Ein Blick in die Mediathek zeigt aber: Eine mimische Entgleisung kann er gar nicht gesehen haben, denn Stamm kommentierte die Abstimmung aus dem Off.

Am Ende reißt der Geduldfaden

Nach Fleischhauers süffisant dargebotener Ente reißt Achim Wendler, der sich schon vorher Zwischenrufe nicht verkneifen konnte, endgültig der Geduldfaden. Der *BR*-Ressortleiter steht auf und stellt klar, dass der Umerziehungsvorwurf aus der Luft gegriffen ist: „Es gibt bei uns keine Vorgaben zum Gendern. Wir machen das nicht im aktuellen Programm.“ Bald kippt Brannekämpfers und Kurzmaiers Konzept, das Publikum nicht zu beteiligen. Vor allem am Programmauftrag und dem Einfluss der Politik auf Programmangebote und Beitragshöhe scheiden sich die Geister – nicht zuletzt aus Unkenntnis. Es gibt Zwischenrufe, der AfD-Abgeordnete und *BR*-Rundfunkrat Uli Henkel ergreift das Wort, Harald Stocker hält dagegen und erklärt, dass die Parlamente in den Rundfunkstaatsverträgen den Rahmen festlegen, den die Sender dann ausfüllen müssen. BJV-Kommunikationsreferent Benedikt Frank nutzt die Chance, gegen die Einladung der bedeutungslosen VEJ als angebliche Journalistenvertretung zu protestieren.

Eingemachte, kommt nichts. Wiederholt ist es ausgerechnet Fleischhauer, der auf die Empörungsbremse tritt, etwa beim Fall der geschassenen *rbb*-Intendantin. „Ich kenne Frau Schlesinger persönlich, ihr Mann war beim *Spiegel* mein Kollege“, sagt der Kolumnist. Hätte er eine Einladung zum Abendessen bekommen, wäre er hingefahren. „Alle tun, als wenn das unrechtmäßig war, aber der Verwaltungsrat hat doch alles genehmigt“, glaubt Fleischhauer. Dann erklärt der *Focus*-Mann, wo er im *rbb* wirklich Verschwendung sieht: „Der *Spiegel* hat keine Ressortleiter, die über 200.000 Euro im Jahr verdienen.“ (Der *rbb* hat vier Hauptabteilungsleiter mit Programmverantwortung, die zwischen 166.898 und 201.254 Euro verdienen; andere *ARD*-Anstalten zahlen weniger.) Das Problem der *ARD* liege in den Mentalitäten, doziert der Kolumnist. „Wenn die Demokratie auf ihren Schultern lastet“, ätzt er, „dann wollen sie auch soviel verdienen.“

Wunder: Großbritannien ist auf der Europakarte seines Vereins ein weißer Fleck. Dafür schwärmt der Politikberater von den üppigen Honoraren, die 1985 für extern produzierte Fernsehfeatures gezahlt worden seien, und lamentiert ausgiebig über den Sparkurs der Anstalten, der dazu geführt habe, dass sich die Arbeit gar nicht mehr lohne. Den Rundfunkbeitrag nennt Schneider wahrheitswidrig „Mediensteuer“. Die Sender bekämen „Geld wie Heu“, behauptet er, „ins Programm geht das Wenigste.“ Und als anekdotische Evidenz erzählt er von einem TV-Redakteur, der praktisch nicht gearbeitet habe, aber bei jedem Auslandsdreh habe dabei sein wollen. Sigmund Gottlieb kontert, solche Auswüchse gehörten längst der Vergangenheit an.

Nicht einmal beim Thema Gendern, das hinter Brannekämpfers Vorwurf der „Umerziehung“ steht, kommt die Herrenriege auf einen

Diese unterschwellige Darstellung der Rundfunkanstalten als Mischung aus Selbstbedienungsladen und Intrigantenstadel will Sigmund Gottlieb zumindest auf dem *BR* nicht sitzen lassen. Die Vergütungen und Extras beim *rbb* hätten ihn überrascht, sagt der Pensionär. Zu einem Urteil über die Vorgänge in Berlin lässt er sich aber nicht hinreißen. Er sei überzeugt, dass die Kollegen beim *rbb* gute Aufklärungsarbeit leisteten.

Um das Verschwendungsnarrativ zu forcieren, bittet Kurzmaier den VEJ-Präsidenten um einen Vergleich mit der *BBC*, die mit viel weniger Geld auskomme als den acht Milliarden Euro, die sich *ARD*, *ZDF* und *Deutschlandfunk* teilen. Viel fällt Schneider dazu nicht ein. Kein

Wer ist eigentlich die VEJ? Eine Hintergrundrecherche

Die Vereinigung Europäischer Journalisten (VEJ) hat nach eigenen Angaben gut 400 Mitglieder, die weit überwiegend in Deutschland wohnen. Sie nimmt auch Personen auf, die nicht journalistisch arbeiten, und stellt einen vereinseigenen „Presseausweis“ aus. Dieser unterscheidet sich vom von der Innenministerkonferenz anerkannten Bundes einheitlichen Presseausweis. Die VEJ nutzt nicht nur die Münchner Geschäftsstelle des Bundes der Steuerzahler in Bayern mit. Des- sen Geschäftsführer Michael Jäger ist in gleicher Funktion auch für den VEJ tätig, sein Vorsitzender Rolf von Hohenhau ist Beisitzer im VEJ-Vorstand. Formeller Sitz der Vereinigung ist Bonn. Dort wurde sie 1969 ins Vereinsregister eingetragen. Der bis 1990 am-

tierende Gründungspräsident Günther Wagenlehner war kein Journalist, sondern arbeitete im Führungsstab des Bundesverteidigungsministeriums. Als Regierungsdirektor war er laut Wikipedia zuständig für „psychologische Verteidigung“ und die Analyse der Ostblock-Presse. Von 1990 bis 2018 standen Journalisten an der Spitze der VEJ, seither ist der Allershausener Medien- und Politikberater Ralf Schneider Präsident. Einige Jahre lang kooperierte die VEJ auch mit der Hanns-Seidel-Stiftung. Nachdem sie im Sommer den in die Querdenkerszene abgedrifteten Blogger und früheren Politik-Journalisten Boris Reitschuster zum „Medien-dialog“ eingeladen hatte, kündigte die Stiftung die Zusammenarbeit. (*ujf*)

Wie sie leben, wie sie arbeiten – der *BJVreport* besucht prominente Mitglieder in ihrem Büro. Unter bjv.de/officestory finden Sie alle bisher veröffentlichten Officestories.

Weltberühmt in Österreich

Bei der *SZ* brachte Oliver das Gupta die Kurz-Regierung zum Einsturz. Jetzt schreibt er für *Spiegel* und *Standard* – und wundert sich über die österreichischen Medien

Von Senta Krasser



Ursprünglich wollte Oliver das Gupta Archäologe werden und versunkene Städte ausgraben. Während seiner Bundeswehrzeit bei den Gebirgsjägern in Mittenwald fing er aber an, sich ernsthafter für Journalismus zu interessieren. Mit dem Hauptfeldwebel teilte er sich den *Spiegel*, den er nun mit ausgegrabenen Geschichten versorgt – gerne von seinem mobilen Büro aus: dem Café Bazar in Salzburg. Foto: Manfred Laux

Es kommt nicht oft, aber manchmal doch vor, dass Passanten, sobald sie Oliver das Guptas Namen hören, verblüfft sagen: „Ach, Sie sind das!“ Er ist halt das, was das Ösi-Faktotum Rudi Dolezal einmal geprägt hat: „Weltberühmt in Österreich“, obwohl sein Äußeres den meisten unbekannt ist. Das Gupta selbst hadert mit seiner Prominenz. Aber wer vom Deutschen Reporterpreis bis zum Nannen-Preis die wichtigsten journalistischen Trophäen abgeräumt und sogar eine Regierung zum Einsturz gebracht hat, der ist doch ein prominenter Journalist, oder?

Wir erinnern uns: Eine Villa auf Ibiza, eine Oligarchin mit ungepflegten Fußnägeln, ein angesäuselter österreichischer Politiker, der von der Unterwerfung der Presse in seiner Heimat schwadroniert. Und schon weitete sich diese „bsoffene G’schicht“ in der Alpenrepublik zum

größten Polit-Skandal seit der Lucona-Affäre aus. Unhappy End. Allerdings nicht für das Gupta, der zum Recherche team der *Süddeutschen Zeitung* gehörte, das gemeinsam mit dem *Spiegel* „Ibizagate“ aufdeckte.

„Der österreichische Journalismus leidet unter dem Ruch der Käuflichkeit.“

Oliver das Gupta

An einem Freitag im Mai 2019 drückten er und seine *SZ*-Kollegin Leila al-Serori auf das Veröffentlichungsknopfchen und sahen dann der Lawine zu. Sofort kamen die Medienanfragen. Das Gupta war der Einzige, der nicht ins Fernsehen ging. Seine Bildschirmabstänizenz begründet

er damit, dass er auf der Straße nicht erkannt werden möchte: „Ich möchte weder gefeiert noch angefeindet werden.“ Schon vor Ibizagate habe er Drohungen bekommen, die über das „Du blöder Kerl, ich hau Dir in die Fresse“ hinausgingen, „wirklich blutrünstig und maliziös“. Deshalb habe er für sich entschieden: Ich gehe nicht an die Öffentlichkeit.

Für den *BJVreport* macht er eine Ausnahme. Als Ort für den Fototermin hat sich das Gupta das Café Bazar in Salzburg ausgesucht. Stuck, Kronleuchter, Kellner mit Fliege, KuK-Ambiente wie aus dem Bilderbuch, aber das Wichtigste für ihn: der Zeitungsständer. Im Bazar findet der Journalist eine große Presseauswahl, weshalb das Kaffeehaus regelmäßig mobiler Arbeitsplatz für ihn ist. „Im Gedruckten ist oft die Essenz drin“, hat er im Vorgespräch gesagt. Hier merkt man,

dass er einer Generation entstammt, der das Internet nicht in die Wiege gelegt wurde.

Dabei gehört sein Vater, der aus Indien emigrierte, zu den Digital-Pionieren. Erst Simensianer in Erlangen, wo der Sohn 1974 geboren wurde, dann der Wechsel zu einer US-Firma, die 1981 München als Sitz ihres deutschen Hauptquartiers wählte. Nicht ohne Stolz erzählt das Gupta, dass sein Vater Apple in Deutschland aufgebaut hat. Auf dem Dachboden fand er neulich den ersten überhaupt verkauften Apple-Computer, original verpackt. „Keine Ahnung, was wir damit machen. Aufbewahren? Verkaufen und einen Kleinwagen dafür erstehen?“

Beruflich dürfte das Gupta ein Auto selten brauchen. Meist fährt er Zug. Von wo genau aus, soll hier geheim bleiben. Bis voriges Jahr führte sein Arbeitsweg zum Zeitungsturm in Zamdorf. Seither sind *Der Spiegel* in Hamburg und *Der Standard* in Wien seine Auftraggeber.

Das Gupta war einer der ersten, die der SZ seit 2021 den Rücken kehrten. Eine mehr als 20-jährige Liaison ging damit zu Ende. Schon während des Politik-Studiums jobbte er in der Starnberger Außenredaktion. Das erste DJS-Praktikum führte ihn zum SZ-Medienressort. Der damalige Ressortleiter, Hans-Jürgen Jakobs, beförderte ihn später zum Online-Redakteur.

Gibt es nicht wichtigere Länder?

„Bei *sueddeutsche.de* waren wir in der Politik ein relativ kleiner Verein“, erinnert sich das Gupta, „wir alle mussten zwangsläufig Generalisten sein, wenn auch mit Schwerpunkten.“ Seiner war: Österreich. Aufgewachsen in Sichtweite von Tirol und Salzburg, war das Interesse für das Nachbarland bei ihm schon immer groß. Als sich Ende 2016 abzeichnete, dass Heinz Christian Strache, der damalige FPÖ-Chef, stärker wahrgenommen wird als alle anderen Rechtspopulisten, bekamen Leila Al-Serori und das Gupta das Go, diesen Menschen biografisch zu durchleuchten.

„Die Akte Strache“ war quasi sein Gesellenstück; eine Langzeitrecherche über Straches Verstrickungen in der Neonazi-Szene, die ohne die Unterstützung von Online-Chef Stefan Ottlitz (vormals Plöschinger) nicht möglich gewesen wäre. Lob kam von außen und sogar von der Print-Spitze der SZ. In der Folge durfte das Gupta den Österreich-Newsletter der Zeitung mit entwickeln. Allerdings meinten schon damals einige Leute im Haus: Was habt ihr immer mit Österreich? Gibt es nicht wichtigere Länder? Das ist doch nicht so relevant für uns.

Diese Einstellung hat sich inzwischen geän-

Warum ich im BJV bin

„Als ich an der DJS studierte, überlegte ich: Gehst du zur IG Medien oder zum BJV? Nichts gegen Verdi, aber ich finde es von Vorteil, dass Journalistinnen und Journalisten unter sich sind. Sie haben ja doch ganz spezifische Interessen. Was meine betrifft, kann ich tatsächlich nur Gutes über den BJV sagen. Der Verband hat mich ein paar Mal rechtlich beraten und betreut, und das mit Erfolg. So erstritt er Honorar für ein Foto von mir, das unrechtmäßig publiziert worden war. Auch als es um meinen Abschied von der *Süddeutschen Zeitung* ging, war der BJV hilfreich zur Stelle.“

dert. Möglicherweise hat das mit Alexandra Förderl-Schmid zu tun, einer Österreicherin und seit 2020 Vize-Chefredakteurin in München. Trotzdem zögerte das Gupta nicht, als sich Alternativen aufboten, um seine Österreich-Expertise noch besser anbringen zu können. *Spiegel* und *Standard* kooperierten schon länger. Beider Personal war ihm wohlbekannt, nicht erst seit der Ibiza-G'schicht. Das Hauptstadtblatt aus Wien ist ihm, was sowohl die inhaltliche Linie als auch Qualitätsansprüche und Sorgfalt betrifft, „einfach sympathisch“.

Aber irritierend ist es a bissl schon: Ein Piefke, der in einer österreichischen Zeitung über österreichische Politik schreibt?

Es hat Vorteile, findet das Gupta, was er mit einem Exkurs in die Eigentümlichkeiten der österreichischen Medienlandschaft ausführt. Jedes Jahr schüttet der Staat Millionen Euros an die Presse aus, auch in Form von Inseraten. Mit dieser „Inserate-Politik“ geht eine Erwartungshaltung einher, die ihm zufolge „leider immer wieder auch erfüllt wird“. Keinesfalls wolle er die Kolleginnen und Kollegen unter Generalverdacht stellen. Erst recht nicht die vom *Standard*, wo die Verlegerpersönlichkeit Oscar Bronner Unbestechlichkeit garantiere. „Aber die Vorstellung, dass die da oben, also der Verleger, die Chefredaktion, die Miteigentümer Einfluss nehmen, ist weit verbreitet.“ Der ganze journalistische Sektor leide unter dem Ruf der Käuflichkeit. Er höre immer wieder: Sie sind ein deutscher Journalist. Bei Ihnen weiß ich, dass Sie machen, was Sie für richtig halten und nicht, weil Sie es müssen.

Mit dem Namen SZ im Rücken und jetzt noch mehr mit dem Namen *Spiegel* stelle er zudem fest: „Es wird mir ganz viel Vertrauen und Zutrauen entgegengebracht, dass ich meine Quel-

len wirklich schütze.“ Das habe ihn anfangs überrascht, Quellenschutz sollte doch selbstverständlich sein. „Ist es aber offenbar nicht immer.“ Erst vorige Woche habe ihn jemand, der sich ihm anvertraute, gefragt: Wie ist es denn bei euch, wenn die Polizei fragt oder die Justiz? Da sagte das Gupta: Quellenschutz! Ja, aber können die bei euch wirklich keinen Hebel einsetzen? Nein!

Da wundert es nicht, dass der Reporter mit Skepsis auf deutsche Pläne blickt, den Geldhahn für die Presse aufzudrehen: „Zwangsläufig entstehen Abhängigkeiten und Begehrlichkeiten.“ Mit Steuergeld frisierte Umfragen, wie sie dem früheren Kanzler Kurz genutzt haben sollen? Für das Gupta ein abschreckendes Beispiel.

Apropos Sebastian Kurz: Dass in Österreich die Dinge zwischen Spitzenpolitikern und Journalisten anders laufen als bei uns, erfuhr das Gupta zum ersten Mal im Oktober 2016. Kurz rief ihn an, weil ihm ein Absatz in seiner SZ-Geschichte missfiel. Eine Grenze habe er mit dem Beschwerdeanruf nicht überschritten, aber: „Dass ein amtierender Außenminister persönlich irgendwo anruft, hat mich verblüfft, aber nicht eingeschüchtert. Kann man sich vorstellen, dass Annalena Baerbock so was tut? Undenkbar.“

Ebenso wenig kann man sich vorstellen, dass Oliver das Gupta und Heinz Christian Strache noch miteinander verkehren. Oder läuft da was? Der Mann, der Strache wohl besser kennt als er sich selbst, gibt sich sibyllinisch: „Wir hatten vor und auch noch nach Ibiza Kontakt. Wir können uns unterhalten. Aber die dicksten Freunde werden wir sicherlich nicht mehr.“



Kurzer Draht nach Österreich: Oliver das Gupta bei der Arbeit.

Foto: Manfred Laux

In der Serie „Der BJV-Newcomer/Die BJV-Newcomerin“ wollen wir in den nächsten Ausgaben junge Verbandskolleg*innen vorstellen, die uns als spannende, kreative und mutige Talente auffallen. Sie haben Tipps? Wir freuen uns auf Empfehlungen!

Thomas Balbierer

29 Jahre, Redakteur im Bayernteil der *Süddeutschen Zeitung*, BJV-Mitglied seit April 2020



Foto: Friedrich Bungert/SZ

Ausbildung: Nach dem Abitur Ausbildung im Verlag der *Augsburger Allgemeinen*, dann Journalistik- und Politik-Studium in Eichstätt und Aarhus. Volontariat bei der SZ von April 2020 bis März 2022, unter anderem mit Stationen in Berlin, Kultur und Medien, Investigativ und am Newsdesk.

Deshalb wurdest Du Journalist: Ich war in der Schule ganz schlecht mit Zahlen, aber habe gern geschrieben. Es war klar: Ich sollte mich besser mit Worten statt Zahlen beschäftigen. Es war quasi alternativlos, diesen Job zu machen.

Der Reiz am aktuellen Job: Ich bin zur Hälfte Onlineplaner und kann unter anderem den digitalen Auftritt, unseren Newsletter und die Push-Nachrichten mitgestalten. Zur anderen Hälfte bin ich Bayernreporter, fahre durchs Land, treffe interessante Menschen. Der Reiz liegt in der Mischung, sowohl das digitale Gesicht des Bayernressorts mitzugestalten, als auch das klassische Handwerk auszuüben.

Deine thematischen Steckenpferde: Ich schreibe sehr gerne über Menschen, die Brüche im Lebenslauf haben, schaue auf Schicksale. Egal ob es um einen Obdachlosen oder Reichsbürger geht.

Dein persönliches journalistisches Meisterstück: Von einem Meisterstück würde ich nicht sprechen, es gibt bei jeder Geschichte Punkte, bei denen ich sage: Es hätte noch tiefer gehen können. Ich denke aber gern zurück an die Reichsbürger-Geschichte, die ich mit Kommilitonen im Studium in Eichstätt für „Einsteins“ geschrieben habe. Das war eine sehr intensive Recherche, die uns an unsere Grenzen gebracht und Überwindung gekostet hat. Wie wird jemand Reichsbürger? Wir besuchten einen Reichsbürger mehrere Male, erfuhren auch, dass er schwere Schicksalsschläge durchgemacht hatte.

Dein Rat an angehende Kolleg*innen: Mich schreiben häufig junge Menschen an und fragen: Soll ich Journalistik studieren? Ja, auf jeden Fall! Aber man sollte ein Gespür und Leidenschaft für bestimmte Themen mitbringen. Und dann: Einfach ausprobieren, gerne bei einer Lokalzeitung. Loslegen, schreiben, recherchieren. Mit jedem Artikel wird man besser.

Deine wichtigste Begegnung: Bei der SZ habe ich viele Menschen kennengelernt, die ehrliches Interesse daran haben, junge Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Und die nach schwierigen Situationen auch mal fragen: Wie geht's Dir? Ich würde ungern einen einzelnen Namen rausgreifen.

Da willst Du beruflich hin: Ich bin genau dort, wo ich sein will. Mein erstes Praktikum bei der SZ machte ich im Februar und März 2019 im Bayernressort. Das hat mir so Spaß gemacht, dass für mich klar war: Genau da will ich hin.

Deine sonstigen Leidenschaften: Ich spiele Fußball, trainiere im Fitnessstudio, gehe wandern. Ich lese gern. Und ich habe eine Leidenschaft für Spezialitätenkaffee. Ich teste neue Kaffeesorten, probiere mich daheim durch Röstungen. Den Kaffee im SZ-Café kann man übrigens trinken.

Für die BJV-Mitgliedschaft spricht: Im ersten Semester konnte ich einen ersten Beitrag für den *BJVreport* schreiben. Seither hielt der Kontakt zum Verband. Wir wurden zu einer Blattkritik eingeladen, ich saß mit den Vorsitzenden Michael Busch bei den Medientagen auf dem Podium, ich war bei einer Reise nach Straßburg dabei. Es ist wichtig, dass sich ein Verband wie der BJV für die Belange der Journalistinnen und Journalisten einsetzt. Und inzwischen habe ich mit einigen BJVlern auch schon das ein oder andere Bierchen getrunken.

Michaela Schneider

Journalist darf Auskunft über Flug verlangen

VG Köln: Ministerin Lambrecht muss über Entstehung von Fotos informieren

Von Maria Goblirsch

War es ein kostenloser Flug in den Urlaub nach Sylt für Verteidigungsministerin Christine Lambrecht und ihren 21-jährigen Sohn auf Kosten der Steuerzahler? Die Frage beschäftigte nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch die Presse. Fest steht: Es existiert ein Foto, auf dem der Sohn in einem Hubschrauber der Bundeswehr zu sehen ist. Dieser beförderte Mutter und Sohn am 23. April 2022 von Berlin nach Ladelund. Die Ministerin besuchte an diesem Tag das Bataillon Elektronische Kampfführung 911 im nordfriesischen Stum. Am nächsten Tag und nach einer Hotelübernachtung ging es mit dem Auto und Personenschützern weiter zur nahe gelegenen Insel Sylt in den Osterurlaub. Die Sache wurde bekannt, weil der Sohn das Foto auf seinem damals öffentlich einsehbar Instagram-Profil veröffentlichte.

Ein Journalist verlangte daraufhin vom Verteidigungsministerium Auskunft darüber, welcher zeitliche Zusammenhang zwischen der Buchung der Hotels auf Sylt und der Terminierung des Truppenbesuches gelegen habe. Außerdem wollte er wissen, welche Kenntnisse Lambrecht über die Entstehung der Fotos und ihrer Veröffentlichung hatte, insbesondere, ob sie das Foto von ihrem Sohn im Hubschrauber selbst angefertigt hatte. Die Ministerin wollte diese Fragen nicht beantworten, die Sache betreffe sie als Privatperson. Daraufhin stellte der Journalist einen Eilantrag an das Verwaltungsgericht Köln und hatte damit überwiegend Erfolg (Az.: 6 L 978/22; bei Redaktionsschluss noch nicht rechtskräftig). Die Richter entschieden: Das Bundesverteidigungsministerium muss der Presse Auskunft über die Details zur Entstehung und Veröffentlichung des Fotos erteilen. Nur die Frage nach der Hotelbuchung müsse nicht beantwortet werden, da dies die Ministerin als Privatperson betreffe.

Anders sei dies zu bewerten, soweit es um die Hintergründe zur Entstehung der Fotos gehe. Aus dem Gesamtkontext ergäbe sich hier „ein hinreichend dienstlicher Bezug zur Bundeswehr“, so das Gericht. Die Anreise der Ministerin zu einem Truppenbesuch unter Inanspruchnahme eines Bundeswehrhubschraubers bilde den dienstlichen Rahmen, innerhalb dessen das Foto entstanden sei. „Erst durch die Inanspruchnahme von Ressourcen der Bundeswehr und von Befugnissen, die der Ministerin als Behördenleiterin zustehen, hat das Foto entstehen können“, heißt es in der über eine Pressemitteilung veröffentlichten Begründung.

Insofern habe das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit Vorrang gegenüber dem Schutz der Privatsphäre, entschied das VG Köln. Die strittigen Fragen zielten nicht darauf ab, Details aus dem besonders sensiblen Bereich der Privatsphäre zu erhalten. Die Ministerin müsse sich zudem entgegenhalten lassen, dass sie durch die Mitnahme ihres Sohnes in einem Hubschrauber der Bundeswehr selbst „ihre privaten Belange mit denen der Wahrnehmung ihrer Amtsgeschäfte verwoben“ habe.

Die im Beschluss zitierte „Privatsphäre“ umfasst den gesamten häuslichen und familiären Lebensbereich, aber auch Orte, wo sich eine Per-

son bewusst den Blicken der Öffentlichkeit entziehen will und persönliche Daten, von denen man nicht möchte, dass sie an die Öffentlichkeit geraten wie etwa der Wohnort. Mit Blick auf die Frage, ob diese Privatsphäre der Ministerin durch Veröffentlichung der gewünschten Informationen beeinträchtigt werde, hatte das Verwaltungsgericht Köln also abzuwägen. Wie schwer wiegt diese Beeinträchtigung im Vergleich zu anderen Grundrechten wie etwa einem besonderen Informationsbedürfnis? Dabei gilt nach der Rechtsprechung: Je stärker jemand in der Öffentlichkeit steht (Politiker, Stars etc.), desto mehr muss er sich gefallen lassen.

Was geschieht, wenn ein Zeitungsverlag zwar vor Gericht mit seiner Klage auf Auskunft Recht bekommen hat, aber ein Ministerium dennoch die strittigen Fragen nicht beantwortet? Dann droht Zwangsgeld, wie ein weiterer vom Verwaltungsgericht Köln entschiedener Fall zeigt. Hier ging

es um das Chaos um die Maskenbeschaffung im Frühjahr 2020. Das Bundesgesundheitsministerium (BGM) hatte, so ein Bericht von *Legal Tribune Online (LTO)*, Corona-Schutzausrüstung über ein Open-House-Verfahren beschafft. Danach hat je-

des Unternehmen, das die vom Ministerium vorgegebenen Vertragsbedingungen erfüllen kann, Anspruch auf Vertragsschluss. Konkret bedeutete dies laut *LTO*, dass Unternehmen mindestens 25.000 Masken zu einem Preis von je 4,50 Euro netto für FFP-2-Masken und 60 Cent für OP-Masken bis spätestens 30. April 2020 liefern sollten.

Zwangsgeld angedroht

Ein Zeitungsverlag wollte wissen, auf wessen Veranlassung im Ministerium akzeptiert worden sei, „dass eine namentlich bekannte Firma lange nach dem 30. April 2020 Masken anliefern konnte und diese gleichwohl bezahlt worden sei“. Nachdem es keine Antwort bekam, zog das Medienhaus vor Gericht. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster verpflichtete das BMG mit Eilbeschluss im Juli 2022 zur Auskunft (Beschluss vom 29.7.2022, Az.: 15 B 1177/21). Doch die Behörde wand sich, die Entscheidungen seien „unter Wahrung der vorgesehenen Zuständigkeiten des BGM“ getroffen worden. Diese Auskunft war nicht nur den Journalist*innen, sondern auch dem Gericht zu vage. Daher gaben die Richter dem Antrag des Verlags auf Vollstreckung Recht und drohten dem Ministerium ein Zwangsgeld in Höhe von 5000 Euro an (Az.: 6 M 63/22; bei Redaktionsschluss noch nicht rechtskräftig).

„Fragen der Hotelbuchung sind auch bei Politikern Privatsache.“

Das Verwaltungsgericht Köln



Die Autorin

Maria Goblirsch ist Juristin und freie Journalistin mit Schwerpunkt Medienrecht und Medienpolitik.
@MariaGoblirsch; goblirsch@bjv.de

Foto: Stefan Gregor

Der Filmtipp



Tödliche Recherchen – Der Mord an Ján Kuciak

Dokumentation, 2022

Regie: Matt Sarnecki

Produktion: OCCRP/Final Cut For Real/BBC/WDR und andere

Auftragsmörder sollen 2018 den slowakische Journalisten Ján Kuciak zum Schweigen bringen. Sie töten ihn und seine Verlobte. Doch der Plan geht nicht auf. Kolleginnen und Kollegen setzen seine Recherchen fort, beobachten und forcieren die Ermittlungen im Mordfall. Sie enthüllen, dass Korruption und organisierte Kriminalität das Land regieren. Massenproteste führen zum Sturz von Regierung und Polizeiführung. Richter stehen vor Gericht. Der Dokumentarfilm „Tödliche Recherchen“ zeichnet die

Recherchen eindrucksvoll nach, zeigt geleaktes Material wie Chatverläufe und Videoverhöre der Polizei. Deutlich wird auch die besondere Motivation des Investigativteams. „Wir alle fühlen uns verantwortlich, fragen uns, ob wir hätten mehr tun können, um ihn zu schützen“, sagt Pavla Holcová, die mit Kuciak an jener Geschichte arbeitete, die ihn das Leben kostete. Regisseur Matt Sarnecki hat dafür riesige Datenmengen ausgewertet, im Auftrag des Organized Crime and Corruption Reporting Projects (OCCRP), einem spendenfinanzierten Recherchenetzwerk. Kein bildgewaltiger, aber dennoch anschaulicher Film darüber, wie wichtig und gefährlich journalistische Arbeit sein kann – mitten in Europa. Der Film ist noch bis 20.11.2022 in der ARTE-Videothek abrufbar: bjvlink.de/Arte-Kuciak *Angelika Knop*

Der Buchtipp



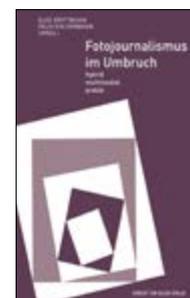
Wenig erforschtes Arbeitsfeld

Es geht ja das Gerücht um, dass Fotojournalist*innen weder lesen noch schreiben können, sonst wären sie keine Fotograf*innen geworden. Für das Autorenpaar Elke Grittmann und Felix Koltermann trifft das definitiv nicht zu. Und für die Leser*innen des doch weitgehend wissenschaftlichen Werkes „Fotojournalismus im Umbruch“ ist eine gewisse Leselust hilfreich. Auf knapp 500 Seiten beschäftigen sich der Wissenschaftler und die Wissenschaftlerin mit der immer prekärer werdenden Situation des Fotojournalismus und lassen dabei in Interviews viele Fachleute zu Wort kommen.

Aber klar, das Arbeitsfeld ist weit und viel zu wenig erforscht. Die Herausgeber befassen sich im Rundumschlag mit den vier Hauptthemen „Digitaler Bildermarkt und Arbeitsfelder

im Wandel“, „Institutionelle Felder und Fotojournalismus als Profession“, „Redaktionelle Praktiken und bildredaktionelle Arbeit“ und „Fotojournalistische Darstellungsformen und bildästhetischer Wandel“. Allein das Kapitel über die Institutionen, in dem sich Felix Koltermann mit dem DJV, der dju und FreeLens auseinandersetzt, wäre schon eine Besprechung wert. Genauso, was BFF Justitiarin Dorothe Lanc über die Auswirkungen von Framing oder DSGVO zu sagen hat. Also bleibt nur: Bestellen und selbst lesen! *Thomas Geiger*

„Fotojournalismus im Umbruch“, herausgegeben von Elke Grittmann und Felix Koltermann im Herbert von Halem Verlag. ISBN: 978-3-86962-559-1, 465 Seiten, 35 Euro Mehr unter bjvlink.de/Fotojournalismus-im-Umbruch



Der Techniktipp



Ermüdungserscheinungen? Könnte an der Maus liegen ...

An PC und Laptop wird in den meisten Fällen noch immer mit einer Maus gearbeitet. Aufgrund der unnatürlichen Hand- und Armhaltung kann das aber recht schnell zum so genannten Mausarm-Syndrom führen, teilweise verbunden mit Schmerzen. Abgesehen von einigen Design-Spielereien haben sich Computermäuse seit ihrer Erfindung kaum geändert. Bis auf eine Ausnahme: vertikale Mäuse. Solche Geräte gibt es von mehreren Herstellern, auch von Logitech – mit den Produkten hatte ich bisher immer ganz gute Erfahrungen gemacht. Das Logitech-Modell heißt „Lift“ und ist sowohl für Rechts- als auch für Linkshänder zu haben. Aufgebaut ist die Maus so, dass die beiden Maustasten und das Scrollrad

in einem Winkel, etwa 45 Grad, nach rechts (beziehungsweise links bei der Linkshänder-Ausführung) gedreht sind. Die Hand liegt damit locker auf der Maus auf und muss nicht unnatürlich weit gestreckt werden. Die Arbeit mit einer solchen Maus ist durchaus eine Umgewöhnung. Die geht aber recht schnell vonstatten – und lohnt sich. Denn die Ermüdungserscheinungen gehen deutlich zurück oder verschwinden möglicherweise ganz. Die Hersteller lassen sich die vertikalen Mäuse etwas teurer bezahlen als Standardprodukte. Logitech ruft für die Lift um die 80 Euro auf. Wer sich unsicher ist und zunächst einmal ausführlich testen möchte, findet im Modell MW-4500 von Cherry ebenfalls eine gute Möglichkeit, diese vertikale Maus kostet um die 30 Euro. Preislich ähnlich liegt die vertikale Maus des Herstellers Anker. *Johannes Michel*

„Mit Alice Schwarzer streiten? Eher nicht“

Io Görz ist Chefredakteur*in bei *inFranken.de*. Wie über trans Personen berichtet wird, sieht der/die „Expert*in aus Betroffenheit“ problematisch.

Von Senta Krasser

Seit die Ampelregierung das neue Selbstbestimmungsgesetz auf den Weg gebracht hat, tobt medial eine Debatte, die Io Görz zufolge von falscher Ausgewogenheit bestimmt ist.

Sagen Sie mal, Io Görz, warum haben wir ein Problem mit der Berichterstattung über trans Personen?

Io Görz: Es gibt Medien, die beim Thema Transgender ein erschreckendes Maß an Unwissenheit und Ignoranz offenbaren. Das liegt auch an mangelnder Diversität in den Redaktionen. Es gibt keine Berührungspunkte, keine Erfahrung. Wen soll man auf die Schnelle fragen?

Da ist Ihre Redaktion klar im Vorteil?

Bei uns ist es sicherlich ein Glücksfall, dass wir einen offenen Umgang pflegen. Aber das ist nicht die Regel. So kommt es zu Schiefen in der Berichterstattung, zum False Balancing, wie wir es von anderen kritischen Themenbereichen kennen. Flüchtlingskrise, Klimawandel, Corona – auch da haben wir erlebt, dass einer Randmeinung, die dem wissenschaftlichen Konsens widerspricht, genauso viel Platz eingeräumt wird wie der überwiegenden Meinung.

Überwiegende Meinung ist: Es gibt nur zwei biologische Geschlechter. Warum ist das ein Fall von falscher Ausgewogenheit?

Es ignoriert, dass die wissenschaftliche Diskussion komplexer verläuft, als es das in den Medien transportierte „die einen sagen so, die anderen so“ wiedergibt. Ein medieninhärentes Problem, weil es Debatten aufmacht, die so vielleicht gar nicht in der Größenordnung existieren würden.

Ein Beispiel, bitte!

Ich habe mir heute wieder einen Artikel markiert, der wenig überraschend aus der Springer-Ecke kommt und für mich ein Beispiel für bewusstes False Balancing ist: *Welt* behauptet, es gäbe eine hochbrisante Debatte über die Frage, ob das Selbstbestimmungsgesetz Frauenschutzzräume gefährdet...

*Sie meinen das neue Gesetzesvorhaben, wonach jede*r den Geschlechtseintrag ohne medizinisches Attest selbst bestimmen darf...*

Genau. Aber diese Debatte führt niemand außer jenen, die das Gesetz bewusst in die Richtung treiben wollen: Falsche Frauen vergewaltigen echte Frauen. Dieses Argument lässt sich schnell widerlegen. Wenn man genauer hinschaut, kommt es aus der US-amerikanischen Alt-Right-Bewegung, und deutsche Medien fallen darauf herein.

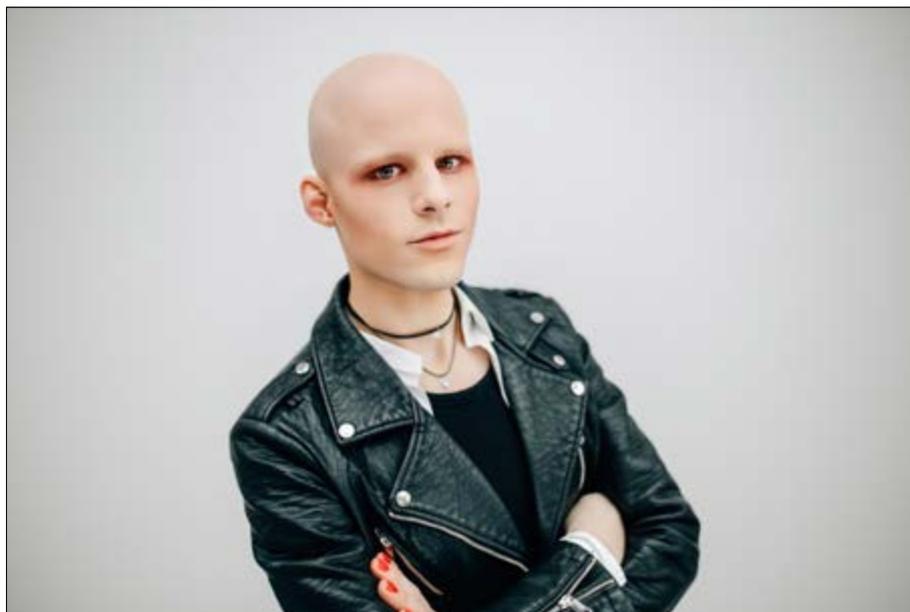
Sie haben Welt gelesen, ich Emma. Dort sagt die Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard: Viele Geschlechter? Das ist Unfug. Wie ordnen Sie das ein?

Dass eine Person in einem Spezialbereich extrem fundierte Kenntnisse hat, heißt noch lange nicht, dass er oder sie über Expertise in allen Bereichen dieses riesigen Felds verfügt. Nehmen Sie mich: Ich habe Geschichte studiert, mich aber nur partiell mit Dingen tiefer beschäftigt. Würde ich zum Untergang des Parther-Reichs im hinteren Persien befragt werden, was nicht mein Spezialgebiet ist, wie valide wäre meine Antwort? Medien kleben allzu leicht ein Experten-Label auf Leute drauf, statt zu recherchieren, womit beschäftigt sich diese Person eigentlich sonst.

*Würden Sie sich als Expert*in auf dem Gebiet Transsexualität bezeichnen? Dafür fehlt mir das tiefere Wissen über Biologie oder Psychologie. Ich bin eher Expert*in aus Betroffenensicht und beschäftige mich mit der Thematik vielleicht mehr als andere, weshalb ich in der Redaktion um Rat gefragt werde. Im Zweifel bin ich die Person, die als Redaktionsleitung sagt, machen wir oder machen wir nicht.*

Die Arbeit bei *inFranken.de* in Bamberg ist für Io Görz eine Art Safe Space: „Da bin ich wirklich privilegiert, dass ich in der professionellen Begegnung viel Positives erlebe. Ich kenne viele andere Personen, die ihre Jobs verloren oder sich nicht outen konnten.“

Foto: Lisa Soppa



**Io Görz**

wurde unter seinem inzwischen abgelegten Namen (Deadname) Johannes Görz 1984 in Fürth geboren. Görz studierte Geschichte und Germanistische Mediävistik an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen. Es folgt ein Volontariat bei der Agentur typopark in Bamberg. 2012 dann der Einstieg bei *inFranken.de*, dem Reichweitenportal der Mediengruppen Oberfranken, als Online-Redakteur*in. Von

2017 an hatte Görz die stellvertretende Redaktionsleitung & Teamleitung Video und Service inne. 2019 folgte die Beförderung zur Redaktionsleitung und im April 2021 zur Chefredakteur*in *inFranken.de*.

Görz engagierte sich auch im Betriebsrat und lehrte Onlinejournalismus an der Fachhochschule des Mittelstands in Bamberg. Foto: Tony Le

Im Fall des tödlichen Überfalls auf einen trans Mann in Münster, der bundesweit Schlagzeilen machte, war das: unbedingt machen?

Ich war an dem Tag gar nicht da und hätte es vermutlich nicht so groß gespielt. *inFranken.de* ist zwar ein Regionalportal mit großer Reichweite und teilweise nationaler Wahrnehmung, aber unsere Ausrichtung liegt im Regionalen. Deshalb hat mich überrascht, wie viele Reaktionen der erschlagene Malte C. auch bei uns erzeugt hat.

Sie kommentierten später: Der Angreifer sei zwar ein Einzeltäter, im übertragenen Sinn klebe das Blut des totgeprügelten Malte C. aber an vielen Händen. Welche meinen Sie?

All jene, die transfeindliche Reden schwingen, betreiben Stimmungsmache oder wie man es nennt: stochastischen Terror. Es wird irgendwas gesagt, vielleicht gar nicht in der Absicht, Gewalt zu erzeugen, aber in den Köpfen setzt sich fest, trans Menschen sind gefährlich. Das kann dazu führen, dass Hemmschwellen sinken.

Zählen Sie zu den Stimmungsmachern auch TERFs, also transfeindliche Radikalfeministinnen, als welche Alice Schwarzer gilt?

Darüber habe ich mit *Bild*-Digitalchef Timo Lokoschat gestritten ...

Lokoschat meint, dass die Gefahr auf der Straße „nicht von Emma-Kolumnistinnen“ ausgehe, „sondern von jungen Männern, die sich in ihrer Ehre oder Religion angegriffen fühlen“.

... das Argument, der Täter von Münster hat bestimmt nicht *Emma* gelesen, wirklich lustig. *Bild* steigt in das Thema ein, wo man es rassistisch aus Schlachten kann. Es überzeugt mich nicht, wenn Lokoschat widerspricht, sie würden berichten, egal ob der Täter Norbert oder Nuradi heißt.

Warum nicht?

Weil die *Bild*-Zeitung mit ihrer Riesenreichweite den Diskurs verschiebt, indem sie behauptet, es liegt an den anderen, nicht an uns, wir sind doch so offen, wir sind es nicht, die zur diffusen Angst vor trans Personen beitragen.

Für Sie also ein klarer Fall von False Balancing?

Ja. Wir haben über das Selbstbestimmungsgesetz gesprochen. In der Berichterstattung darüber sehe ich grundsätzlich alle Medien in der Verantwortung, innezuhalten, was ist relevant, und sich nicht treiben zu lassen von *Bild* und Co. Also das Thema nicht als „Aufreger“ zu eskalieren, indem man radikale Meinungen in die Debatte einbringt und sich

Allianzen anbahnen mit angeblichen Feminist*innen und rechten Politiker*innen.

Sie würden also eher nicht Alice Schwarzer zum Streitgespräch einladen? Sie selbst hält sich 40 Jahre Solidarität mit Transsexuellen zugute.

Ich scheue nicht die Auseinandersetzung mit ihr, aber ich möchte auf *inFranken.de* nicht Aussagen eine Plattform bieten, die längst widerlegt sind.

Als Sie sich als trans Person sichtbarer machten, schickten Sie eine Art Leitfaden herum, wie man Sie zum Beispiel künftig ansprechen soll. Darin findet sich auch ein „Entspannt euch, ist nicht schlimm, wenn ihr mal in einen Fettnapf tretet“. Wie entspannt geht es bei inFranken.de zu?

Da bin ich wirklich privilegiert, dass ich in der professionellen Begegnung viel Positives erlebe. Ich kenne viele andere Personen, die ihre Jobs verloren oder sich nicht outen konnten. Die Arbeit ist für mich eine Art Safe Space.

Der Fränkische Tag galt einst als konservativ-klerikales Bauernblättchen, hat sich aber auch gesellschaftspolitisch geöffnet. Weit genug?

Der klerikale Touch von 1980 ist komplett abhandengekommen, stimmt. Gleichwohl hat der *FT* sein konservatives Profil bewusst nicht völlig aufgegeben, was auch zu seinen Zielgruppen passt. Bei *inFranken.de* sind wir publizistisch unabhängig. Das heißt, wir können andere Schwerpunkte setzen bei der Themenauswahl und Kommentierung. Auch im Umgang mit Sprache sind wir unterschiedlich. Wir setzen schon mal das Gendersternchen, wo man es nicht neutral formulieren kann. Angesichts der traditionell eher nicht so großen Medienvielfalt hier in der Region machen wir den Menschen damit ein Angebot von vielfältigen Ideen und Meinungen.

Unlängst überraschte der Playboy mit Vielfalt: 50 verschiedene Cover und eins zeigt eine „queere Schönheit“, die nicht über die seit Magazin-Gründung gängigen Maße 90-60-90 verfügt. Was meinen Sie: Ist der Playboy ein Role Model oder betreibt er Queerbaiting?

Ich muss zugeben, dass ich den *Playboy* nicht so sehr verfolge. Die Brisanz erschließt sich mir grad nicht. Aber warten Sie, während wir sprechen, habe ich das Cover gegoogelt ... Ah, das ist an mir vorbeigegangen. Das ist in dem Fall tatsächlich schade.

Schade warum?

Wenn man ausspart, dass solche Magazine sehr oberflächlich auf Schönheit blicken, dann würde ich es vorsichtig positiv als Beitrag zur Sichtbarkeit von Queerness bewerten. Das Cover bildet eher die Realität ab als das 100. Wiesn-Playmate, das irgendwelche Fantasiegeschichten erzählt, von denen die Redaktion glaubt, dass sie der *Playboy*-Leser, und ich gendere hier bewusst männlich, gerne lesen würde. Die Beweggründe kenne ich nicht. Vielleicht versucht man, neue Zielgruppen zu erschließen?

**Die Autorin**

Senta Krasser arbeitet frei als Medienjournalistin.
@sentakrasser, senta@krasserjournalismus.de

Foto: Enric Mammen

**NEU:
Sonderpreis Europa**



Foto: Sven Hoppe

Pressefoto Bayern 2022

Der BJV sucht die besten Pressefotos des Jahres.
Bis zum 17. Oktober können Fotografinnen und Fotografen,
die hauptberuflich journalistisch tätig sind,
Bilder in acht Kategorien einreichen.
Preise im Wert von insgesamt 10.500 Euro.

Infos und Anmeldeformular: www.bjv.de/pressefoto2022

Ein Wettbewerb des Bayerischen Journalisten-Verbandes e.V.



[facebook.com/bjvde](https://www.facebook.com/bjvde) twitter.com/bjvde [instagram.com/pressefotobayern](https://www.instagram.com/pressefotobayern)

FREItage 2022 – online!

Kopf hoch, Frust raus – Tipps und Ideen für den Re:Start

Workshops, Information und Networking für freie Journalist*innen

noch am 21. und 28. Oktober 2022 im Netz

An diesen Tagen finden, jeweils ab 14 Uhr, zwei Workshops in Folge statt. Die Teilnehmer*innen müssen sich damit nicht zwischen den Workshops entscheiden, sondern können – wenn gewünscht – alle Angebote wahrnehmen.

Themen und Referent*innen



Foto: Michelle Schwabe

Pitchen: Im Aufzug zum Erfolg

mit Mareike Graepel



Foto: Michaela Reimhard

SEO: Schreiben für die Suchmaschine

mit Tanja Begon



Foto: Vörtl

Das Handwerk der Akquise: Wie Freie Vertriebsprofis werden

mit Oliver Vörtl



Foto: Carsten Dammann

Besser schreiben: Leichte Werkzeuge für starke Sätze

mit Ariel Hauptmeier

Detaillierte Informationen zu den FREItagen mit Anmelde­möglichkeit unter bjv.de/freitag2022